# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60 Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 6. Mittwoch, den 8. Januar 1902. 9. Jahrgang.


Hierzu zwei Beilagen.

## Aufwärts oder abwärts.

= Die Art, wie um Neujahr die kapitalistische Presse den baldigen Aufschwung, die baldige Gesundung des Wirthschaftslebens von der gegenwärtigen schweren Krise in Aussicht stellte, muß angesichts der Lage als der frechste Schwindel bezeichnet werden, der seit dem Beginne des Niederganges und zur Beschönigung der Zustände getrieben worden ist. Eine halbe Million Arbeitslose hungert, die Industrie liegt darnieder, die Aussichten sind so düster wie möglich. Diese fortwährenden Ankündigungen baldigen Aufschwungs dienen blos dem Zweck, den gefährdeten Kredit des kapitalistischen Unternehmerthums zu befestigen und den biederen Mittelstand, der seine Pfennige schleunigst auf den Sparkassen in Sicherheit gebracht hat, zu bewegen, wieder faule Industriepapiere zu kaufen, die jetzt bei dem Großbetrieb festliegen.

Es geht nicht aufwärts, sondern abwärts, und wenn zu dem deutschen noch der amerikanische Krach tritt, auf dessen Nahen wir jüngst noch verwiesen, so ist es sehr die Frage, ob der Kapitalismus in seiner jetzigen Form die Krise überhaupt überstehen wird, oder ob nicht das Ende derselben eine allgemeine Verarmung einerseits und die plötzliche und ruckweise Ansammlung von Riesenkapitalien in einigen wenigen Händen sein wird, so wie es Karl Marx bereits prophetisch im kommunistischen Manifest dargelegt hat.

Ein paar Aeußerungen, die der Reichsbankdirektor Koch in diesen Tagen öffentlich that, waren bereits darauf berechnet, den Schwindelmanövern der kapitalistischen Presse entgegen zu wirken und vor einer Unterschätzung der schlimmen Situation zu warnen, in der sich das deutsche kapitalistische Wirthschaftsleben befindet. Noch deutlichere Sprache redet der Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller. Er sagt:

„Die Ursachen, die zu der gegenwärtigen, wenig befriedigenden Lage geführt haben, bestehen nach unserer Auffassung zunächst in gleichem Umfange fort. Auch für die allernächste Zukunft dürfte nur geringe Hoffnung auf eine Aenderung berechtigt sein. Umsomehr haben alle betheiligten Faktoren die Pflicht, sich in ihren Maßnahmen und Dispositionen den ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnissen anzupassen: der Staat und die Kommunen durch Ertheilung größerer, die verschiedensten Produktionsgebiete umfassenden Aufträge, für die die Nothwendigkeit längst anerkannt ist, während gerade der gegenwärtige niedrige Stand der Löhne und Materialienpreise den Zeitpunkt für die Ausführung geeignet erscheinen läßt, Industrie und Handel durch weises Maßhalten in dem natürlichen, aber gegenwärtig in vielen Fällen nicht mehr gerechtfertigten Bestreben, den Rückgang der Preise und die Verminderung des Nutzens durch künstlich heraufgeschraubten Umsatz auszugleichen.“

Diese Stimme kennzeichnet die durchaus nicht rosigen Erwartungen der Industriellen. Und wirklich steht es denn auch um den Gang der wirthschaftlichen Krise heute noch schlimmer als je zuvor. Man hat nur nöthig, die Verwüstungen zu betrachten, welche sie angerichtet hat. Besser noch als bei der oberflächlichen Betrachtung der Lage der Industrie, erkennt man sie an der Lage des europäischen Kapitalmarktes, der Seele unseres ganzen Wirthschaftslebens.

Alle ernsthaften Volkswirthschaftler sind sich darin einig, daß das europäische Kapital in der letzten Periode, zumal im verflossenen Jahre, thatsächliche Verminderungen erfahren hat. Die Verlustziffern, insbesondere die direkten Einbußen an Mobilvermögen, sind geradezu kolossal. Um nur einige Beispiele auf Grund genauer Statistiken anzuführen: in England betragen die Kursverluste seit dem Beginn des südafrikanischen Krieges etwa 24 Milliarden Mark; in einem einzigen Jahre sind bei den zur Liquidation gezwungenen gesellschaftlichen Unternehmungen mehr als zweitausend Millionen Mark verloren gegangen. Das kleine Belgien verzeichnet 3 Milliarden Francs Kursverluste im letzten Jahre, Deutschland hat mindestens 3 Milliarden Mark verloren. Das Mobilvermögen Europas ist auf etwa 425 Milliarden berechnet. Danach stellen diese verlorenen Summen von England, Deutschland und Belgien bereits einen beträchtlichen Theil des deutschen Gesammtvermögens dar. Ungerechnet sind dabei noch die Kapitalverluste in den übrigen europäischen Industrieländern. Der Rückschlag in der Gesammtwirthschaft unseres Welttheils muß sich daher dem Kapitalismus weit furchtbarer fühlbar machen, als es von den Kapitalisten zugegeben wird oder sich von ihnen im Augenblick überschauen läßt. Deshalb sagen wir, es ist fraglich, ob der Kapitalismus, wenn diese Krise noch länger andauert, aus ihr in seiner jetzigen Gestalt intakt hervorgehen wird oder ob nicht große ökonomische Umwälzungen mit dem Ende der Krise eintreten werden.

Mindestens ebenso bedenklich, wie die schweren Kapitalverluste, ist für den Kapitalismus die Enthüllung der schwindelhaften Grundlage, auf welcher er beruht. Wäre das kapitalistische Getriebe auf gesunder Grundlage aufgebaut, so könnten die Wirthschaftskrisen niemals diese selbst erschüttern. Aber welch' ein Maaß von Fäulniß hat, zum Schrecken des Kapitalismus selbst, die Krise in ihrem Verlaufe enthüllt! Der Krach der Berliner Hypothekenbanken, der Pommerschen und Mecklenburger Hypothekarinstitute, die Gruppe Spielhagen auf der einen Seite, die Gruppe Leipziger Bank und Kasseler Trebertrocknung, der Fall Terlinden mit den Banken in Heilbronn und Düsseldorf, endlich die Rhederei vereinigter Schiffer in Breslau auf der anderen Seite sind geradezu typisch. Und wie viel mag noch faul sein in dem glänzenden kapitalistischen Gebäude, was nur künstlich verdeckt worden ist und im weiteren Verlaufe der Krise zerbrechen muß.

Ein Jahr des Niederganges kann nicht das zerbrechen, was fünf Prosperitätsjahre aufgebaut haben. Schließlich würde auch der Kapitalismus sich von all' den Schlägen wieder erholen, wenn der Niedergang nicht noch schlimmer würde, sondern jetzt sein Ende fände. Dazu aber fehlt jede Aussicht, und damit kommen wir auf das, was für die nächste Zeit, neben den Erscheinungen des Niedergangs, die wichtigste Frage bleibt: der Zolltarif.

Das Jahr 1901 war ökonomisch beherrscht von den Vorbereitungen für die künftige Zollpolitik der europäischen Staaten, und Alles, was diesbezüglich zu Tage getreten ist, zeigt, daß die Regierungen sich mehr oder minder dem Protektionismus (Schutzzollsystem) in die Arme geworfen haben. Deutschland hat die Note angeschlagen und alle anderen Staaten müssen derselben Folge leisten, wenn sie nicht ihre eignen Interessen opfern wollen. Jeder Staat will für die Befriedigung der eignen Bedürfnisse durch die eigne Produktion sorgen und die Welthandelspolitik, der Weltverkehr soll ersetzt werden durch ein System gegenseitiger Absperrung und Entfremdung. Damit schrumpft das Interesse am Weltverkehr zusammen vor dem Klasseninteresse und zwar dem Interesse einzelner Ausbeutergruppen.

Der kapitalistische Aufschwung der letzten Jahre beruhte jedoch auf dem gesteigerten Weltverkehr. Indem nun die Staaten selbst ihn mittels ihrer Absperrungspolitik unterbinden, nehmen sie gleichzeitig dem Kapitalismus in seiner jetzigen Form die Möglichkeit neuen Aufschwungs. Siegt die Absperrungspolitik, so wird es Jahre dauern, bis die Industrie, die jetzt Exportindustrie ist, sich auf die neuen Verhältnisse eingerichtet hat und den Verlust des Weltmarktes überwunden durch völlige Eroberung des heimischen Marktes. Zu einem guten Theile wird Letzteres sogar unmöglich sein, weil die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung, wie Jeder beobachten kann, nicht zu- sondern abnimmt.

Und deshalb ist auch kein Denken an einen neuen Aufschwung. Der Niedergang hält an und bildet die Signatur des Jahres.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Die Duellrede des Kaisers.** Der Gewährsmann der „Potsdamer Zeitung“, der dem Verleger die sensationelle Mittheilung von der Ansprache machte, welche der Kaiser am 1. Dezember im Regimentshause des 1. Garde-Regiments an die anwesenden Offiziere und speziell an zwei junge Leutnants gerichtet haben sollte, ist, wie die „Welt am Montag“ versichern zu können glaubt, nicht etwa eine fingirte Persönlichkeit, es soll vielmehr ein höherer Beamter sein, dessen Sohn Reserveleutnant beim ersten Garderegiment ist. Man meint übrigens in Potsdam, daß der Kaiser damals wenigstens eine ähnlich lautende Ansprache über die Duellfrage gehalten habe.

**Zu dem neuesten Duellmord in Jena** schreibt man der Magdeburger „Volksstimme“ von dort: Noch ist die Insterburger Duellaffäre, bei der aus nichtigem Anlaß ein junger Offizier sein Leben lassen mußte, in frischem Gedächtniß, und schon wieder hat sich ein Duell zugetragen, bei dem ebenfalls ein Offizier betheiligt ist, und das für einen der Duellanten einen gleich tragischen Abschluß genommen hat. Diesmal ist der Schauplatz des blutigen Dramas die wegen ihrer akademischen Freiheit berühmte Universitätsstadt Jena. Der Offizier ist der Leutnant Wolf Thieme von der 10. Kompagnie des in Jena garnisonirenden 3. Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 94. Der Student heißt Karl Held; derselbe befindet sich seit dem 15. April 1899 in Jena, ist am 14. Dezember 1880 in Straßburg (Elsaß) geboren, wohnte zuletzt in Meiningen und gehörte der Burschenschaft „Germania“ an. Er studirte Chemie und hatte es bereits zum Kandidaten der Chemie gebracht, und galt in Studentenkreisen als tüchtiger Fechter, der nicht gern einer Gelegenheit seine Kunst par exemplum zu statuiren, aus dem Wege ging. So weit bis jetzt bekannt ist, trafen die beiden jungen Herren in der Sylvesternacht, der „freien Nacht“, zu später Stunde in einem hiesigen vornehmen Kaffee zusammen und geriethen aus einer noch nicht aufgeklärten Ursache in einen heftigen Wortwechsel. Nach übereinstimmender Lesart ist bei dem Verlassen des Lokals, was früh Morgens nach 5 Uhr geschah, der Student dem Offizier auf die Straße gefolgt und hat ihn in einem anderen Stadttheil geohrfeigt. Das Rencontre hatte, nachdem inzwischen die vom beiderseitigen Ehrenkodex vorgesehenen Instanzen zu Gericht gesessen hatten, ein Pistolenduell zur Folge, das am Morgen des 4. Januar ausgetragen wurde. Die Schießerei fand beim Morgengrauen früh 8 Uhr auf der bei Jena herrlich gelegenen Waldblöße „Stern“ im Forst statt. Es heißt, daß beim ersten Kugelwechsel der Offizier durch einen Streifschuß leicht am Halse verletzt wurde, während der Student unverletzt blieb; ob der Offizier in die Luft schießen wollte, bleibt ungewiß. Beim zweiten Kugelwechsel machte jedenfalls auch der Offizier Ernst; durch einen wohlgezielten Schuß traf er seinen Gegner in die linke Brust. Die Kugel hatte eine verhängnißvolle Wirkung; nach wenigen Minuten gab der Student an Ort und Stelle seinen Geist auf. Die Beleidigung war „gesühnt“, und zwar ist der Beleidiger gefallen. Ohne Aufsehen wurde das Duellopfer nach dem städtischen Friedhof geschafft, der verwundete Offizier begab sich in Lazarethbehandlung.

Was mit dem Duellmörder geschehen wird? Nach allgemeinen Erfahrungen kommt der Rächer seiner Ehre vielleicht ein paar Jahre auf eine fidele Festung. Dann ist alles wieder gut. Dem Erschossenen wird ein glänzendes Begräbniß zu theil und sein persönlicher Muth gefeiert werden, obgleich man es vielleicht nur mit einem Raufbold zu thun gehabt hat. Aber wen trifft die Verantwortung für diese jedem Gesetz und jedem auf moralischen Grundlagen basirenden Gemeinschaftsleben hohnsprechende That? Die heutige Gesellschaft mit ihren nach Ständen geordneten, eingebildeten Ehrbegriffen, die keine andere „standesgemäße“ Sühne für die Beleidigung zuließen, als einen Waffengang auf Leben und Tod. Die Lehre aus solchen Thatsachen kann sich jeder vernünftige Mensch selbst ziehen. Zur Beseitigung des Duellunfugs giebt es eben kein anderes Mittel, als eine Aenderung des Strafgesetzbuches in dem Sinne, daß jeder Duellant mit einem Todtschläger oder Mörder auf gleiche Stufe gestellt wird.

**Die Mundsperre der Kolonialbeamten.** Die bürgerliche Presse kann nicht genug über die strenge Zensur höhnen, die die englischen Militär- und Zivilbehörden in Südafrika eingeführt haben. Daran, daß von deutschen Militärbehörden in China ebenfalls eine Art von Zensur über die Briefe der Mannschaften verhängt worden war, indem man sie vor Mittheilungen gewisser Art warnte, denkt man nicht. Nun theilt aber vollends die „Berl. Ztg.“ mit, daß von der Kolonial-Abtheilung des auswärtigen Amtes den Landesbeamten und sonstigen Angestellten in den deutschen Schutzgebieten ebenfalls eine Schweigepflicht seltsamster und unverständlichster Art auferlegt ist. In den betreffenden Bestimmungen der Kolonial-Abtheilung für die Beamten 2c. heißt es:

„Ueber die ihnen vermöge ihres Amtes oder ihrer Stellung bekannt gewordenen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung vorgeschrieben ist, haben die Beamten und sonstigen Angestellten Verschwiegenheit zu beobachten, auch nachdem das Dienstverhältniß aufgelöst ist. Zu Vorträgen über die Verhältnisse in den Schutzgebieten und zu außeramtlichen Veröffentlichungen, welche nicht lediglich privater Natur sind, ist die vorgängige Genehmigung der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes einzuholen. Auch bei Mittheilungen an Angehörige und Beamte sowie bei Gesprächen in öffentlichen Lokalen über die Verhältnisse in den Schutzgebieten ist Vorsicht geboten, da nicht übersehen werden kann, inwieweit mit solchen Mittheilungen Mißbrauch getrieben wird.“

Die Verhältnisse in unsren Kolonien müssen noch viel trauriger sein, als man annahm, da den Beamten so streng verboten ist, auch nur am Biertisch etwas darüber zu erzählen. Und für diese Kolonien, in denen es so trostlos aussieht, daß man von doch schwerlich übertrieben schwarzgefärbten Berichten der dort angestellten eignen Beamten eine Diskreditirung der Kolonien befürchtet, soll das Reich jährlich 33 Millionen Mark blechen!

**Urbayerisches.** Gegen den Bund der Landwirthe sind in der Versammlung des Bayerischen Bauernbundes in Plattling nach einem Bericht des „Bayerischen Kuriers“ sehr kräftige Töne angeschlagen worden. Der Hutzenauerbauer von Ruhpolding forderte zur „Austreibung der preußischen Stinkmichels“ auf. Der Bayerische Bauernbund sei gegründet als eine selbstständige Vereinigung des Mittelstandes. Im Bunde der Landwirthe werde von Seiten des preußischen Junkerthums alles Mögliche aufgeboten, um die bayerischen Bauern für die Interessen des Junkerthums einzufangen. Wenn der „nordische Bund“ für höhere Zollforderungen eintrete, könne es den bayerischen Bauern ja recht sein, „aber wir können uns ihnen nicht anschließen. Die ostelbischen Junker gehen darauf aus, die

Bauern wieder zu Leibeigenen zu machen und von der politischen Bildfläche zu verdrängen, nach dem Grundsatze: „Der Bauer an Ochsen Statt, nur daß er keine Hörner hat.“ Wenn es die Junkerbündler ehrlich meinen, brauchten sie nicht nach Bayern zu kommen, „wir lassen den Preußen ihre Schnauze hochstehen, aber wir Bayern verlangen auch, daß man unseren Bart stehen läßt und uns nicht ganz rasirt, wie die Zuchthäusler“. — Das heißt kräftig gesprochen!

**Gegen die Scharfmacherei in der Polenpolitik** wendet sich auch Prof. Delbrück im Januarheft der „Preuß. Jahrbücher“ im Hinblick auf die Zwecklosigkeit von Maßnahmen, wie die Wreschener Massenzüchtigung. Er stellt fest, daß der Unterricht in der deutschen Sprache nicht den Erfolg gehabt habe, Polen zum Deutschthum herüberzuziehen, daß die Ansiedlungspolitik wenig gewirkt habe, und daß überhaupt die meisten Maßnahmen in den Grenzmarken zu Gunsten der Polen ausgeschlagen seien. Er führt dann aus:

Die Schulszene in Wreschen hat den Polen die ganze Stärke ihrer Position gezeigt, und es ist offenbar, daß sie sich vorbereiten, von hier aus zum Angriff vorzugehen. Trotz der wiederholten Bestrafung haben sich die Wreschener Kinder geweigert, im Religionsunterricht deutsch zu antworten, und schon wird aus mehreren anderen Orten Aehnliches berichtet. In welche Lage kommen wir, wenn sich dieser Widerstand etwa auf das ganze polnische Gebiet fortpflanzt? Ich frage: Soll der preußische Staat in der Lage bleiben, daß jeden Augenblick ein kluger Kaplan und ein paar trotzige und tapfere Schulbuben, die sich geschickt in den Mantel des Marthrismus hüllen, die preußische Staatsautorität in die Schranken fordern und über sie triumphiren können? „Religionsunterricht in der Muttersprache“ ist einmal das Prinzip, das den Polen in diesem Kampfe die unbedingte moralische Ueberlegenheit giebt. Wir bedürfen jetzt eines geschickten Diplomaten, der uns aus der Sackgasse, in die das Kultusministerium gerathen ist, wie einst mit dem Verbot des Sakramente-Spendens im Kulturkampf, wieder herausführt, ohne daß der Staat eine Niederlage erleidet. Der Krieg, wie wir ihn heute gegen das Polenthum führen, ist ein Krieg mit untauglichen Mitteln. Nicht nur um des Friedens im eigenen Hause willen, der ja ohnehin auf diesen nationalgemischten Gebieten nie völlig erreicht werden kann, sondern namentlich auch um unserer deutschen Brüder im Auslande willen, die unter dem bösen Beispiel Preußens so schwer zu leiden haben, ist es wünschenswerth, daß in der polnischen Schulfrage sobald wie möglich der Konflikt aus der Welt geschafft werde.

**Kleine politische Nachrichten.** Für die am 9. Januar stattfindende Reichstags-Ersatzwahl im Siegkreise hat die Zentrumspartei an Stelle des Abg. Dr. Lingens den Landtagsabgeordneten Besker in Honnef als Kandidaten aufgestellt. — Im Mordprozeß Krosigk ist, entgegen der früheren Nachricht, vom Staatsanwalt auch die Revision gegen das Hickel freisprechende Urtheil begründet worden, und zwar damit, daß der Gerichtshof den Antrag des Staatsanwalts ablehnte, die Zeugen noch eingehender über den Aufenthalt Hickels zur kritischen Zeit zu befragen, weshalb der Staatsanwalt auch einen Protest zu Protokoll gegeben hatte. — Die Auslader im Hafen von Barcelona beschlossen, in den Ausstand zu treten. Die Arbeiter aller Industriezweige von Reus beschlossen, die Ausständigen zu unterstützen und einen allgemeinen Ausstand vorzubereiten

## England.

**Dr. Krause** hat nach den „Leipz. Neuest. Nachr.“ das Anerbieten eines deutschen Gönners, den Londoner Freunden des Dr. Krause die Kaution von 80 000 Mk. zu ersetzen, für den Fall, daß er nicht nach England zurückkehren wolle, abgelehnt. „Ich bin, so schreibt Dr. Krause, zwar nicht durch Ehrenwort zu einer Rückkehr nach England verpflichtet, halte es jedoch als Beamter meiner Regierung für eine Ehrensache, dies zu thun; denn ich bin der Auffassung, daß mein Ausbleiben auf die Beurtheilung meines Volkes in England sowohl, wie in den übrigen Ländern ungünstig zurückwirken würde. Ich glaube meinem Lande besser zu dienen, wenn ich mich dem Richterspruch unterwerfe, um so mehr, als ich mir einer ungesetzlichen Handlung nicht bewußt bin.“ Dr. Krause hat dieser Tage Berlin verlassen und sich wieder nach London begeben. Zu dieser Stunde weilt er bereits auf englischem Boden.

## Bulgarien.

**Eine schwere politische Krise** ist in Bulgarien ausgebrochen. Minister Karawelow ist zurückgetreten, weil die Sobranje die von ihm geplante Monopolanleihe abgelehnt hat. Darauf ist ein Kabinet aus lauter Zankowisten mit Danew an der Spitze gebildet worden. Am Sonnabend machte Danew in der Sobranje Mittheilung von der Neubildung des Kabinets und erklärte dann, das neue Kabinet übernehme das Programm des abtretenden Ministeriums und werde Finanzmaßnahmen zur Lösung der Finanzkrisis im Einvernehmen mit der Sobranje treffen. Es verlange ein zweimonatliches Budgetprovisorium und die Verlängerung der Session bis zum 1. März; inzwischen werde die Regierung das Anleiheprojekt unter Berücksichtigung der dagegen erhobenen Einwände vorbereiten. Die Sobranje bewilligte jedoch zunächst die Sessionsverlängerung nur bis Sonntag, wo die Berathung des Budgetprovisoriums stattfand. Das Resultat war die Ablehnung des Budgetprovisoriums mit 69 gegen 67 Stimmen. Die Sobranje wurde hierauf durch fürstlichen Ukas aufgelöst. Der Ministerwechsel war also recht überflüssig, denn er erfolgte, weil Karawelow darauf bestand, die Sobranje sofort aufzulösen, worauf Fürst Ferdinand sich nicht einlassen wollte. Die Niederlage trifft also den Fürsten, der an der Monopolanleihe festhalten wollte, ganz direkt.

## Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze.** Ueber eine Schlappe der Engländer berichten Londoner Blätter aus Pretoria: Eine Abtheilung Scots Greys wurde auf dem Marsche von Brugspruit nach Bronkhorstspruit von den Buren überfallen und verlor 6 Todte und 13 Verwundete. Nach zweistündigem Kampfe zog sich der Feind zurück, ebenfalls mit einigen Verlusten. — Eine Konstablerabtheilung unter Major Beresford nahm mitten im Oranjestaat den Feldkornet Lecouy, den Korporal Erasmus und 33 Buren gefangen. 30 Gewehre wurden erbeutet. Feldkornet Pretorius und 10 Buren fielen. — Lord Kitchener berichtet: Die Meldung, daß zwei Offiziere des Nachrichtendienstes hinterlistig von den Buren in der Nähe von Warmbad erschossen worden seien, ist unbegründet.

Zu einer geradezu krampfhaften Entrüstung hat die englischen Blätter der, unlängst auch von uns gebrachte, Bericht des Dr. Vallentin veranlaßt, der von der Vergewaltigung von Mädchen und Frauen der Buren durch englische Soldaten und Offiziere und von Entführungen zu unsittlichen Zwecken handelte. Deutsche Blätter hatten diese Berichte mitgetheilt, und gegen Deutschland richtet sich nun die blinde Wuth. Kriegsminister Brodrick ließ bereits die „falschen und schändlichen Angriffe“ dementiren, und Lord Roberts antwortete einer deutschen Dame auf Anfrage, daß die betr. Behauptungen unbegründet seien. Die englischen Blätter aber fangen die Angelegenheit mit einer gewissen Freude zum Anlaß einer langverhaltenen Deutschenhetze auf; sie deuten darauf hin, daß Deutschland in den Vereinigten Staaten ein Bureau unterhalte, welches darauf sieht, daß Unwahrheiten, die dem deutschen Reiche nachtheilig sind, nicht unwidersprochen bleiben. Die englische Regierung sollte bei der Verbreitung der Wahrheit über Südafrika dieselbe Energie zeigen, wie die Bureaus der Buren. Der „Daily Graphic“ verlangt, daß Deutschland seine offiziellen Vertreter in Südafrika veranlassen möge, öffentlich mitzutheilen, was sie gesehen haben; die englische Armee und das englische Volk würden eine solche Erklärung mit vollem Vertrauen entgegennehmen. Kurz, es herrscht aus einem Anlaß, der in England mit Recht sehr fatal aufgefaßt wird, dort wieder eine böse Empfindlichkeit und bittere Mißstimmung gegen Deutschland. — Wie die Londoner Blätter weiter noch mitzutheilen wissen, ist seitens der englischen Regierung ein Dr. Conan Doyle veranlaßt worden, eine Broschüre gegen die auf dem Kontinent über die Grausamkeit der englischen Truppen verbreiteten Behauptungen zu verfassen.

## Philippinen.

**Die Zustände auf den Philippinen.** Das Kriegsdepartement in Washington erhielt aus Manila Exemplare einer von neun amerikanischen Soldaten unterzeichneten Proklamation, in der diese Soldaten ihre Kameraden auffordern, zu desertiren und sich dem Heere der Filipinos anzuschließen. In der Proklamation heißt es, die Filipinos kämpften für eine gerechte Sache, wie es die Armee George Washingtons gethan habe. Die Invasion der Philippinen seitens der Amerikaner verstoße gegen die Monroedoktrin. Der blutige Krieg fülle nur die Taschen Mark Hannas und weniger anderer Kapitalisten, und er müsse für die Amerikaner ebenso verhängnißvoll werden wie für die Spanier, trotzdem letztere doch die Filipinos besser gekannt hätten als die Amerikaner. Einer der Unterzeichner der Proklamation, ein Korporal Kreider, wurde von einer militärischen Kommission des Verraths schuldig befunden und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, General Chaffee stieß jedoch das Urtheil um und sprach Kreider frei, denn es stellte sich heraus, daß Kreider von den Filipinos, als er Gefangener war, zur Unterzeichnung der Proklamation gezwungen wurde. Die acht anderen Unterzeichner scheinen noch jetzt als Gefangene in den Händen der Filipinos zu sein, und die ganze Proklamation ist wahrscheinlich ein Werk der Filipinos.

---

# Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 7. Januar.

**Zum Beamtenbesoldungsetat** wird uns folgendes geschrieben: „Der Etat hat sowohl im großen Publikum, wie in der Presse lebhafte Erörterung gefunden. Hüben wie drüben ist man sich einig, daß den sogenannten mittleren und unteren Beamten das Gehalt mit dem verjüngten Maßstabe zugemessen wurde, während man die oberen Beamten dagegen auf Kosten der mittleren und unteren Beamten mit großen Gehaltszulagen bedachte. Jedoch hiervon genug; es mögen vielleicht in diesem Programm der Ungerechtigkeiten Aenderungen vorbehalten bleiben. Jedenfalls aber ist es angezeigt, zwei kleine Episoden, die sehr illustrirend in der ganzen Beamten-Besoldungsfrage wirken, der Oeffentlichkeit zu übergeben; denn sie sind nicht nur von spezieller, sondern auch von allgemeiner Bedeutung: 1. Bald nach dem Erscheinen des amtlichen Berichtes der Kommission ließ der Vorsitzende der Oberschulbehörde den Vorsitzenden des Lübecker Lehrer-Vereins in Privataudienz zu sich entbieten. Nach anderthalbstündiger Unterhaltung wurde man letzterem der „Hauptgrund“ der Visite mitgetheilt, nämlich „beruhigend“ auf die Kollegen zu wirken, last not least „das Schreiben von Zeitungsartikeln zu verhindern.“ „Nachtigall, ick hör dir laufen!“ Man scheute die Oeffentlichkeit! Warum? Weil man „Unruhe“ fürchtete! Wenn aber einem Staatsangestellten von seinem Arbeitgeber das zu Theil wird, was er verlangen kann, warum ist dann ein solches Einseifen nöthig, warum gebietet man dann so quasi: Maul halten!? Uns deucht, dieser Vorfall ist Beweis genug, daß man sich an maßgebender Stelle der beabsichtigten Ungerechtigkeit wohlbewußt war. Weiterer Kommentar ist daher überflüssig. — 2. In einer Versammlung des Bürgerrechts-Vereins soll ein hiesiger Lehrer gesagt haben, daß die Volksschulen deßhalb so stiefmütterlich behandelt seien, weil die „leitenden“ Kreise ihre Kinder in höhere Schulen schickten. Die Folge dieser unbedachtsam ausgesprochenen, vielleicht aber nur sehr zu unterstützenden Worte war eine Zitierung vor die Oberschulbehörde, wo der betr. Lehrer sich rechtfertigen sollte. Auch diese Mittheilung genügt; sie genügt vollkommen, um ein richtiges Urtheil über jene Männer zu fällen, denen die Ueberwachung der Bildungsanstalten des „Volkes“ übertragen ist.“

**Der Sozialdemokratische Verein** hielt am Montag seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Genossen Rienow und Hübner durch Erheben von den Sitzen geehrt. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab neben einer Einnahme von 1410,05 Mk. und einer Ausgabe von 834,40 Mk. einen Ueberschuß von 575,65 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 4. Quartals 1375. Antragsgemäß wurden 550 Mk. dem Vertrauensmann überwiesen. Sodann hielt Genosse Th. Schwartz einen Vortrag über „Lübecker Verfassungszustände“. Redner bemerkt einleitend, daß ihm das mit „Civis“ unterzeichnete Eingesandt der „Eisenbahn-Zeitung“ Veranlassung zu seinem Vortrage gegeben habe. Das Eingesandt zeuge davon, daß der Schreiber desselben entweder nicht mit Travenwasser getauft sei oder geschlafen habe; denn dieselbe Phrase, die „Civis“ gegen uns ausspiele, sei regelmäßig auch bei der Reichstagswahlen gegen uns zur Anwendung gelangt. Schließlich aber sei doch die Sozialdemokratie Siegerin bei der Reichstagswahl geworden, und so würde sie auch bei den Bürgerschaftswahlen im Laufe der Zeit Siegerin werden. Sodann gab Redner einen historischen Rückblick über die Entstehung Lübecks und seiner Verfassung. Letztere datire seit dem Jahre 1163, wo Heinrich der Löwe die Rathsordnung gegeben haben solle. Diese Urkunde aber sei nicht echt, denn Heinrich der Löwe habe niemals seine Unterschrift unter diese Urkunde gesetzt. Redner lieferte hierfür den Nachweis aus der Dettmar-Chronik, nach welcher die angebliche Verfassung ein aus der städtischen Autonomie erwachsenes Statut sei, welches man mit dem Schein einer Urkunde des Fürsten umgab. Als ferneren Beweis für seine Behauptung verwies Redner darauf, daß, entgegen der angeblichen Verfassung, nach der Handwerker nicht im Rath sitzen durften, der berühmte Bürgermeister Alexander von Soltwedel ein Schlossermeister gewesen sein solle. Ferner sei auch sein Bruder, gleichfalls entgegen der Verfassung, in den Rath gewählt worden; außerdem seien zu verschiedenen Zeiten entweder mehr oder weniger Rathsherren vorhanden gewesen, als in der Verfassung vorgesehen sei. Hätte letztere also zu Recht bestanden, dann wäre sie schon nach kurzer Zeit und zu verschiedenen Malen durchbrochen worden. Alle Anzeichen ließen darauf schließen, daß im Jahre 1350 diese Stiftsurkunde Heinrich des Löwen anläßlich des Niederganges des Bürgerthums von reaktionären Mächten untergeschoben worden sei. Die ersten Unruhen, welche zurückzuführen sind auf diese Stiftsurkunde, waren im Jahre 1370 zu verzeichnen, als anläßlich eines Krieges mit Dänemark und der dadurch naturgemäß hervorgerufenen Geldnoth höhere Steuern gefordert wurden. Zwar seien diese Unruhen mit Rücksicht auf den Handel immer bald wieder beigelegt worden. Anläßlich der zweiten Unruhe im Jahre 1378 tauchte bereits die Frage auf, ob es denn immer so bleiben solle. Der Mann, der die ganzen Unruhen nach 1378 geleitet hat, war der so viel verlästerte Heinrich Paternostermaker; er hat schließlich auch seinen Tod hierbei gefunden. Sodann besprach Redner die Ereignisse anläßlich der Anwesenheit Kaiser Karls IV., der die Rathsherren, die in der politischen Sprache Bürger waren, zuerst mit „Herren“ anredete. Damals und zu verschiedenen späteren Zeiten sei der Konflikt gekommen zwischen den Rathsherren und den Bürgern. Letztere verlangten mehr Rechte bezüglich der Verfassung. Mit Ausnahme des Aufstandes im Jahre 1384, dem berühmten Knochenhauer-Aufstand, verliefen sämmtliche Erhebungen resultatlos. Im Jahre 1384 plante man, den Rath zu überrumpeln. Dieser Aufstand aber wurde durch einen Landsknecht verrathen und so folgte ein fürchterliches Blutbad. Nur wenige Jahre aber konnten sich die „Sieger“ des Sonnenscheines ihres Sieges erfreuen. Im Jahre 1403 mußte der Rath wiederum an die Bürger herantreten und die Accise erhöhen. Die Bürger aber lehnten es ab; die Folgen waren Unruhen, welche sich bis zum Jahre 1408 hinzogen. Im letztgenannten Jahre wurde der Rath zum Teufel gejagt. Es wurde ein neuer Rath gewählt, der bis zum Jahre 1416 im Amt war. Nur durch den größeren Geldbeutel des neugewählten Rathes war es möglich, daß der Kaiser Sigismund diesen Rath als zu Recht bestehend erklärte. Die verschiedenen Intriguen aber brachten es mit sich, daß Lübeck in die Acht erklärt und schließlich seitens des Hansatages boykottirt wurde. Dieser Umstand bewirkte es denn, daß der alte Rath bereits im Jahre 1816 wieder mit liebevollen Armen aufgenommen wurden. 100 Jahre später kam die Reformation; sie war für Lübeck direkt politischer Natur. Führer der Bewegung war Jürgen Wullenweber, dessen Hauptplan die Wiederaufrichtung der inzwischen gesunkenen Hansa war. Dank der Unfähigkeit des Bürgerthums scheiterten die Pläne Wullenwebers, die bei ihrer Verwirklichung Lübeck für immer zu Macht und Ansehen gebracht hätten. Die Kirchhofsruhe dauerte nicht lange, in den Jahren 1598 und 1599 gährte es bereits wieder. Infolge der Unruhen war zur Ueberwachung des Rathes ein aus Amtsmännern bestehender Ausschuß eingesetzt worden. Das diktatorische Vorgehen des Rathes veranlaßte diese neueste Gährung, die zur Einsetzung von 12 Kollegien führte. Eine vom Rathe selbstständig vorgenommene Aenderung des Wortlautes des Bürgereides führte anscheinend zu neuen Unruhen, der Hauptzweck aber war, den Rath aus seinen Fesseln zu entfernen. Nunmehr wurden die Bürger zur Regierung hinzugezogen. Im Jahre 1669 kam der Bürgerrezeß, dem wir unsere Bürgerschaft verdanken. Zwar war es anfangs nur eine Ständevertretung, die bis zum Jahre 1848, mit Ausnahme der Franzosenzeit, anhielt. Während der Franzosenzeit herrschten freiheitliche Anschauungen, die aufräumten mit manchen alten Einrichtungen. Im Jahre 1816, nach Beendigung der Franzosenherrschaft, kehrten die alten Einrichtungen wieder, jedoch nur bis zum Jahre 1848. Entgegen dem Antrage des Senators Dr. Behn, jedem Bürger und Einwohner das Wahlrecht zu verleihen, wurde infolge des Widerspruches des Volkes ein Wahlrecht ähnlich dem heutigen eingeführt, mit der Abänderung, daß Jeder das Wahlrecht erwerben mußte. Erst 1875 erhielten wir unser jetziges Bürgerrecht, nachdem auch die Abänderung gefallen war. Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung, daß ein Jeder das Bürgerrecht erwerben und wir uns mit der Lübeckischen Geschichte mehr als bisher befassen müßten. Reicher Beifall lohnte den Redner. In einer lebhaften Diskussion wurde die Frage der Erwerbung des Bürgerrechts erörtert. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Die Krise.** In immer weiteren Schichten der erwerbsthätigen Bevölkerung macht sich die Krise bemerkbar. So wurde am letzten Sonnabend den Angestellten der Hermbergschen Druckerei angekündigt, daß von Montag dieser Woche ab die Arbeitszeit herabgesetzt und mithin auch der Lohn gekürzt wird. — Abgesehen davon, daß man billigerweise von der Firma eine frühere Bekanntmachung dieser Herabsetzung hätte erwarten können, sei bemerkt, daß diese Herabsetzung die erste ist, die man jemals den Arbeitern aufoktroyirt hat; dieser Umstand erscheint besonders auffällig, wenn man bedenkt, daß in diesem Berufe fast nur Saisonarbeit herrscht. Hierbei sind in jedem Jahr flaue Zeiten zu verzeichnen gewesen, eine solche Herabsetzung aber kannte man bisher nicht. — Die Krise zieht immer weitere Kreise, zum nicht geringen Schaden der von ihr be-

troffenen Arbeiter. Umsomehr ist es Pflicht der Letzteren, auch während der schlechten Zeit treu zur Fahne zu halten, damit beim Eintritt günstigerer Verhältnisse der Schaden wieder wett gemacht werden kann.

**Gegen den „Medizinhunger" der Krankenkassenmitglieder** wendet sich ein lesenswerther Artikel in der (im ersten Jahrgang) in Berlin erscheinenden „Deutschen Krankenkassen-Ztg.", Organ für die Interessen der Krankenkassenmitglieder. Die Arzneikosten, so führt der Artikel einleitend aus, seien seit Einführung der Krankenversicherungs-Gesetzgebung ständig gewachsen, so daß sie sich im Laufe der Zeit von 1,40 Mark auf 2,51 Mark pro Kopf der versicherten Bevölkerung steigerten. In den breiten Volksmassen existire mitunter noch ein wahrer Aberglaube an die Wunderwirkung einiger Tropfen Arznei. Die Krankenversicherung setzte die unbemittelten Klassen in den Stand, ihrem Arzneihunger nach aller Richtung zu fröhnen. Allerdings wäre es übertrieben, zu sagen, die medizinische Praxis könnte ganz und gar der Medizin entbehren; selbst die „arzneilosen Mediziner" griffen mitunter auf die so leidenschaftlich bekämpften Arzneien zurück. Eine durchgreifende, radikale Heilweise für unsere breiten Volksmassen findet heute seine feste Schranke in den Unvollkommenheiten der heutigen Wirthschaftsordnung. Diese schließt für große Volksbestandtheile ein gesundes Wohnen, eine richtige Hautpflege, ein harmonisches Verhältniß von Ruhe und Bewegung aus. „Ein sozialpolitisch gebildeter Arzt", so heißt es dann weiter in dem Artikel, „wird nie vergessen, wie relativ ohnmächtig die Wirkung seiner Rezepte gegenüber den schier übermächtigen, unüberwindbar erscheinenden Hindernissen ist, die unsere heutigen wirthschaftlichen und sozialen Zustände diesen ärztlichen Verordnungen entgegenstellen. Er wird daher äußerst sparsam bei der Verschreibung der Medikamente verfahren. Die Massen sollten doch in richtiger und klarer Erfassung ihrer eigenen Arbeits- und Lebensverhältnisse sich selbst von dem Wunderglauben an die Heilkraft der massenhaft genossenen Medizinen befreien. Leider ist dem nicht so. Und daher sind diese unsere Ausführungen gegen den Medizinhunger des Volkes dringend am Platze. Das Volk soll sich endlich einmal sagen: Millionen und Abermillionen von Mark wirft es alljährlich für völlig unwirksame theure Medikamente fort. Diese Millionen hätte es für Milch und andere Nährmittel zweckmäßiger verwenden können. Sie würden ferner ein Kampfmittel ersten Ranges gegen die Schwindsucht abgegeben haben. Weitblickende, sozial denkende Aerzte haben schon wirksam ihre Waffen gegen die übermäßige Anwendung der Arzneien gerichtet. In den Großstädten üben vielfach Aerzte-Kommissionen einen heilsamen Druck auf ihre Kollegen aus, um die Krankenkassen-Verwaltungen nicht mit den Verordnungen kostspieliger Arzneien zu überbürden. Sehr energisch hat Dr. Landmann seit Jahren die Massenverschreibung der theuren Medikamente bekämpft. Die Resultate seines Jahre langen Krieges gegen den übermäßigen Arzneiverbrauch, fordern unsere ungetheilte Aufmerksamkeit heraus. Die Berichte der Allgemeinen Ortskrankenkassen zu Straßburg i. E., Barmen, Velbert zeigen, wie durch seine Bemühungen die Kassenausgaben für Arzneien geradezu fabelhaft herabsanken. Im Jahre 1899 entfielen pro Krankheitsfall der in ärztlicher Behandlung gestandenen Mitglieder 1,53 Mark auf Arzneikosten, im Jahre vorher (1898) dagegen 2,97 Mark auf den gleichen Posten. Die Kassenverwaltungen sollten in Gemeinschaft mit den Aerzten all' ihren Witz aufwenden, um die Arzneikosten systematisch herabzusetzen. Sind sich die breiten Massen über die relativ begrenzte Heilkraft der Arzneien völlig im Klaren, dann wird der riesige Goldstrom, der bisher in die Apotheken floß, zum Stocken kommen. Kolossale Geldmittel erschließen sich dann den Krankenkassen für die Verpflegung ihrer Mitglieder in Heilstätten und für die Versorgung derselben mit Stärkungsmitteln, wie Milch usw. Also auf denn, führen wir unter besonnener sachverständiger Leitung den Feldzug gegen den medizinischen Aberglauben des Volkes."

**Vom Sturm.** Infolge des heftigen Sturmes wurde am Sonntag Mittag die Blechbekleidung des Giebels vom Hause Breitestraße 43 losgerissen. Da zu befürchten war, daß das Blech auf die Straße geschleudert werden würde, befestigten Mannschaften der Feuerwehr die Verkleidung. — Am Montag Vormittag entführte der Sturm beim Marienkirchhof einem Knaben, der Wäsche fortzubringen hatte, den Haupttheil seiner Last. In alle Winde flogen die Stücke davon, eine lebhafte Jagd unter den Passanten hervorrufend. Nach theilweise recht angestrengtem Laufen gelang es schließlich, der Ausreißer habhaft zu werden.

**Auch ein Zeichen der Zeit.** Dem Arbeitshause wurden im verflossen Monat Dezember 13 Personen wegen Bettelns resp. in einem Falle wegen gewerbsmäßiger Unzucht, überwiesen. Die Haftdauer schwankt zwischen 6 und 24 Monaten.

**Einen Kursus in deutscher Sprache und Schönschreiben** eröffnet die hiesige Arbeiter-Bildungsschule am Mittwoch, 8. Januar, Abends 8½ Uhr präzise, im „Vereinshaus". Es wirft ja ein äußerst schlechtes Licht auf unsere heutigen Schulzustände, daß die Ausbildung im Schreiben und in unserer Muttersprache eine so mangelhafte ist, daß noch ein solcher Kursus arrangirt werden muß. Da aber der Mangel an Kenntnissen auf diesen Gebieten in den Kreisen der Arbeiterschaft ein ganz enormer ist, so hat sich die Arbeiter-Bildungsschule zur Einrichtung eines solchen Kursus entschlossen. Der geringe Preis — 30 Pfg. Eintrittsgeld und 30 Pfg. monatlicher Beitrag — ermöglicht es Jedem, der seine Kenntnisse bereichern will, an diesem Kursus, der sich auf ca. ein halbes Jahr erstreckt, theilzunehmen. Anmeldungen werden am Mittwoch Abend entgegengenommen.

**Die nächste Prüfung für Hufschmiede** findet am 15. Februar statt. Anmeldungen zur Prüfung sind spätestens 2 Wochen vor dem Prüfungstage unter Einreichung eines Geburtsscheines und etwaiger Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung, sowie unter Einsendung der Prüfungsgebühr an den Staatsthierarzt Fenner zu richten, welcher sodann den Prüflingen das Weitere bekannt geben wird. Fernere Prüfungstermine für das Jahr 1902 sind auf Montag, den 9. Juni, und auf Montag, den 5. Oktober festgesetzt worden.

**Arbeiter-Risiko.** Montag Abend stürzte auf dem dänischen Dampfer „Amalienborg" ein Matrose in den Raum und trug mehrere Rippenbrüche davon. Der Verletzte wurde mittelst des Sanitätswagens dem Allgemeinen Krankenhause zugeführt.

**Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Der außerordentliche Erfolg, den die Erstaufführung des Schauspiels „Alt-Heidelberg" davongetragen hat, veranlaßt die Direktion, dieses bedeutendste Zugstück der Spielzeit Mittwoch Abend zu wiederholen. Donnerstag gelangt zum 1 Male in dieser Spielzeit mit gänzlich neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten „Carmen" zur Aufführung, worin Signorina Franceschina Prevosti die Titelparthie singen wird.

**Zu Lübeckischen Staatsbürgern** sind vom Stadt- und Landamte angenommen worden: Dr. phil. F. A. Behrendt, Oberlehrer an der Dr. Reimann'schen Realschule. H. A. E. Breithor, Korbmachermeister. J. O. A. Brockmann, Prokurist. J. J. H. Bumann (Baumann), Weichensteller. H. J. Fr. Haack, Arbeiter. J. Fr. Kliefz, Zimmermann. H. J. Fr. Luckmann, Arbeiter. A. Meier, Arbeiter in Vorwerk. C. E. A. Mittelstädt, Oberlehrer an der Baugewerksschule. H. A. P. Pfeiffer, Prokurist. Ch. E. Potthast, Arbeiter. P. A. E. Sommerfeld, Gelbgießer. Dieselben haben am 28. Dezember 1901 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

**Anzeigepflichtige Krankheiten** wurden im Dezember 1901 gemeldet: Diphtherie 18, Masern 28, Scharlach 7 und Typhus 1 Fall. Hiervon verliefen tödtlich: 2 Fälle an Diphtherie, 2 an Masern und 1 an Scharlach.

* **Kleine amtliche Nachrichten.** In das Handelsregister ist eingetragen worden: 1. bei der Firma Teschau u. Lemburg: Die Firma ist erloschen. 2. bei der Firma Bertram u. Graf: Th. C. Walter, K. J. H. A Köhncke und K. Bertram sind in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1902 begonnen. Die Prokura von: Walter, Köhncke und Bertram ist erloschen; 3. die Firma Ewald Lemburg, Lübeck. Inhaber: J. F. E. Lemburg, Kaufmann, Lübeck.

**Oldesloe.** Durch eine heftige Feuersbrunst wurde Sonnabend Abend gegen 7 Uhr das an der Lübschthorbrücke belegene Gewese des Landbürgers Ramm eingeäschert. Bei dem heftigen Winde war das benachbarte Haus des Kaufmanns J. F. Witten arg gefährdet und konnte nur durch das energische Eingreifen der städtischen und freiwilligen Feuerwache gerettet werden. Das Feuer soll im Kuhstall entstanden sein, wo Stroh- und Futtervorräthe ihm reiche Nahrung gaben; leider gelang es nur, einen geringen Theil des Viehes zu retten, dreizehn werthvolle Milchkühe und vier Ackerpferde kamen in den Flammen um.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Im Kieler Hafen kollidirten in der Nacht zum Montag der Hamburger Dampfer „Sundwall" und der schwedische Dampfer „Göteborg". Letzterer hat ziemlich starke Beschädigungen erlitten. — Wegen harter Behandlung seitens der alten Mannschaften wurde ein Rekrut des in Itzehoe liegenden Artillerie-Regiments Nr. 9 fahnenflüchtig; er wurde aber nach kurzer Zeit wieder ermittelt. — Die „Vereinigte Norddeutsche chemische Fabrik" in Glückstadt, ein Tochterinstitut der Kasseler Trebertrocknungsfabriken, hat ihren Betrieb mit dem Schlusse des Jahres eingestellt. Die Zahl der Arbeitslosen am Orte ist dadurch bedeutend vermehrt. — Der Bräutigam der ermordeten Wupper in Altona, Schleiff, sowie sein Bruder, sind wegen Zuhälterei und Begünstigung verhaftet worden. Es wird angenommen, daß die Verhafteten in Beziehung zu dem Mord stehen. — In Hamburg kenterte in der Nacht auf Sonntag ein mit 3 Personen besetztes Boot; hierbei ertranken 2 Personen.

**Hamburg.** Seemannsleiden. Der der Rhederei Sloman in Hamburg gehörige Mittelmeerdampfer „Neapel" hat in der Nordsee mit sehr schweren Stürmen zu kämpfen gehabt. Das Schiff arbeitete furchtbar in der hohen See und nahm viel Wasser über, die Treppen an Deck wurden fast sämmtlich zertrümmert. Im Heizerlogis wurden die Fenster eingeschlagen, die Kleider der Leute sind weggeschwemmt. Eine gewaltige Sturzsee schlug die Thüren des Halbdecks ein und richtete darin furchtbare Verwüstungen an; die eisernen Zwischendeckstützen wurden weggeschlagen, Proviant vernichtet und sämmtliche Holztheile zersplittert. Durch die beschädigte Rohrleitung drang viel Wasser ins Zwischendeck. Das Steuerbordrettungsboot wurde zertrümmert und die Wand des Ruderhauses eingedrückt. Mehrere Personen an Bord trugen Verletzungen davon. Nach Verlauf von drei Tagen wurde das Wetter besser und der Dampfer konnte in den Hafen von Muros einlaufen.

**Flensburg.** Zu der Verurtheilung des Leutnants Erich von Hollmann wird noch mitgetheilt, daß der Leutnant seine That im Rausche vollbracht hat. Derselbe scheint übrigens ein großer Freund des Alkohols zu sein, denn er ist bereits wegen Trunkenheit vorbestraft. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der Angeklagte hatte am späten Abend des 25. November v. J. ein Renkontre mit einem Zivilisten im hiesigen Theaterkafe. Der Zivilist, ein hiesiger Geschäftsreisender, hatte vor 7 Jahren mit v. Hollmann zusammen gedient und hatte wegen einer ungehörigen Antwort einst drei Tage Arrest bekommen. Er glaubte nun, daß v. Hollmann die Veranlassung zu dieser Strafe gewesen sei und hatte deshalb den Leutnant im Kafe gestoßen. Dieser wollte seinen Säbel ziehen, wurde aber von Anderen daran behindert. Der Angeklagte hatte in sehr erregtem Zustande das Kafe verlassen, war nach der Kaserne gegangen, von wo er einen Soldaten holte, mit dem er sich nach der Schloßstraße 10, der angeblichen Wohnung des Reisenden, begab. Während er den Soldaten als Schildwache vor dem Hause postirte, stürmte er in das noch nicht verschlossene Haus, arge Drohungen ausstoßend und mit dem Säbel verschiedentlich an die Thüre klopfend, wodurch die Bewohner, namentlich die Frauen, sehr erschreckt wurden, so daß eine Schlachterfrau in Folge der Aufregung acht Tage krank gewesen ist. Mittlerweile wurde ein Nachtschutzmann und mehrere Soldaten herbeigeholt und es gelang auch, den Leutnant zu beruhigen, besonders als ihm gesagt wurde, daß der Geschäftsreisende dort nicht wohne. Der Angeklagte verläßt das Haus und begiebt sich nach dem Norderthor, gefolgt von einer tobenden und lärmenden Menge. Am Norderthor wird der Angeklagte von der Menge umringt, aber von einem Ingenieur, der ihn auch später nach der Kaserne begleitet, wieder befreit. In diesem Augenblick kommt vom Hafen her die Wache, welcher er sofort zuruft: „Gewehr ab, Seitengewehr aufgepflanzt!" Er selbst zieht seinen Säbel und schlägt und sticht nun um sich, wobei einem Maschinenbauer die Kleider zerschnitten wurden. Die Sachverständigen halten Angeklagten wohl für leicht erregbar, aber geistig für völlig zurechnungsfähig. Es wurde sodann das von uns bereits mitgetheilte Urtheil gefällt.

**Flensburg.** Ein Arbeiter-Jubiläum. Von den Jubiläen „treuer, fleißiger Arbeiter", die 25 Jahre und länger im Dienste eines Unternehmers standen, pflegen wir nicht Kenntniß zu nehmen. Solchen Jubiläen, durch die man in interessirten Kreisen geflissentlich den Anschein einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu erwecken versucht, folgt in wenigen Jahren gewöhnlich die erbarmungslose Entlassung der im Joche des Kapitals abgerackerten, „unbrauchbar" gewordenen Arbeiter. Aber über ein „Arbeiter-Jubiläum" wie das folgende berichten wir gern: In Flensburg ist der Schneider Heinrich Mahlke als Kassirer des Kranken-Unterstützungsbundes der Schneider thätig. Im Dezember waren es 25 Jahre, daß er diesen Posten ununterbrochen auf das treueste verwaltet hat. Mahlke ist seinen Kollegen und namentlich den Mitgliedern des Schneiderverbandes zum großen Theil noch als Hauptkassirer des Verbandes in Erinnerung, während der Zeit, wo dieser in Flensburg seinen Sitz hatte, wie er denn auch mit vielen auf den Kongressen und Verbandstagen persönlich bekannt geworden ist. — Wir wünschen ihm noch eine recht lange segensreiche Thätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung.

**Harburg.** Die empörende Ausschreitung eines Unteroffiziers auf einem Tanzsalon beschäftigte dieser Tage das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps. Der Unteroffizier Otto Rudolf von der 4. Kompagnie des Pionier-Bataillons Nr. 9 in Harburg befand sich am Abend des 3. November v. Js., einem Sonntage, im Saale des „Schützenpark" auf dem Schwarzenberge. Er hatte dem Alkohol tüchtig zugesprochen und glaubte, sich allerhand herausnehmen zu dürfen. Er trat mit einem Bekannten an das Büffet und trank dort weiter. Plötzlich kam er mit dem ebenfalls dort stehenden Schlosser Kr. in Streit. Der Unteroffizier schleuderte seinen Gegner mit einem heftigen Stoß gegen einen Pfeiler, wurde dann aber sofort von Angestellten des Wirthes auf des Letzteren Veranlassung aus dem Saale befördert. Bald erschien er jedoch wieder und begann zu skandaliren, wurde aber sofort wieder hinausgebracht. Er ging nun um das Haus herum und stellte sich in einer Veranda auf. Wenige Augenblicke darauf wurde aus einer nach dieser Veranda führenden Saalthür auch der Schlosser Kr., der inzwischen im Saal mit anderen Leuten Streit bekommen hatte, hinausbefördert. Als Rudolf seines Gegners ansichtig wurde, rief er: „Schmeißt mir den Kerl nur 'raus, ich will ihm Eins mit der Plempe über den Schädel geben." Mit diesen Worten riß er sein Seitengewehr aus der Scheide und zog damit dem Kr. mehrere Hiebe über den Kopf. Kr. stürzte, aus mehreren Wunden blutend, zu Boden. Er wurde zu einem Arzt geschafft und dort genäht. Inzwischen sind die Wunden verheilt und haben nachtheilige Folgen nicht hinterlassen. Der Unteroffizier ist wegen dieser Affäre vom Kriegsgericht zu 6 Wochen und einem Tage Gefängniß verurtheilt. Dagegen hat er Berufung eingelegt. Er behauptet, der Schlosser Kr. habe den Streit begonnen, indem derselbe ihm absichtlich auf den Fuß getreten habe. Die Beweisaufnahme ergab jedoch ein ganz anderes Bild. Danach hatte der „Stellvertreter Gottes" unlautere Absichten auf die sehr ansehnliche Frau des Kr. Er hatte, wie Zeugen bekunden, schon vorher dahingehende schmutzige Bemerkungen gemacht und faßte plötzlich, als er vor dem Büffet stand, die Frau Kr. um die Taille. Darüber wurde er von Kr. zur Rede gestellt, und das setzte dann den Streit. Das Oberkriegsgericht hält die gegen den Angeklagten erkannte Strafe für durchaus gerechtfertigt und verwirft deshalb die Berufung. — Unseres Erachtens ist die Strafe eine außerordentlich milde in Anbetracht der rohen That. Wir möchten sehen, wie es einem Zivilisten ergangen wäre, der einem Unteroffizier den Schädel mit einem Säbel bearbeitet hätte.

**Varel.** Fast unglaublich. Die Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes, wonach der Arbeitgeber ein Drittel der Krankenkassenbeiträge zu leisten hat, sind allgemein, auch bei dem beschränktesten Arbeitgeber, bekannt, nicht aber der Stadtverwaltung zu Varel, denn die Kommunalverwaltung hat, wie ein ihr zugegangenes Quittungsbuch eines städtischen Arbeiters erweist, diesem seit drei Jahren den vollen Beitrag zur Krankenkasse abgezogen. Es wird nun versucht werden, von der Stadt das zu viel gezahlte Geld zurückzuerhalten. — Daß so etwas vorkommen kann, das ist ein starkes Stück. Noch schlimmer ist es aber, daß es Arbeiter giebt, die sich so etwas gefallen lassen.

**Bremen.** Glücklich verhindertes Feuer. Im Schuppen 1 am Weserbahnhof wurde Sonntag Morgen von einem Schutzmann Feuer bemerkt. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr vermochte den Brand bald zu ersticken; beschädigt sind hauptsächlich circa 35 Ballen Baumwolle. Ueber die Entstehung des Feuers ist die Untersuchung eingeleitet. Wie die „Weser-Ztg." hört, ist in dem Schuppen eingebrochen und ein Sparkassenbuch eines Beamten aus dem Bureau gestohlen worden. Es liegt daher die Möglichkeit vor, daß der Einbrecher durch weggeworfene Streichhölzer den Brand verursacht hat.

**Bremen.** Je schmaler die Kost der Schiffsleute, um so reicher der Profit. So denkt und danach handelt die Dampfschifffahrtsgesellschaft „Argo" in Bremen. Folgender Ukas, den ein günstiger Wind der Redaktion des „Seemann" in die Hände wehte, beweist das zur Genüge. In einem Memorandum an den Kapitän Wessels, D. „Duisburg", datirt vom 30. Oktober 1900, heißt es:

> Aus der uns unter 26. Oktober von Herrn August Köpke u. Co. in Rotterdam eingesandten Schlachterrechnung ersehen wir, daß Sie bei Ihrem letzten Aufenthalt daselbst „unverhältnißmäßig" viel Fleisch und Gemüse, darunter Blumenkohl zu hohen Preisen gekauft haben. Fleisch wurde „außer Ordre" am 16. und 19. Oktober für „gesammte" Mannschaft gekauft. Wir ersuchen Sie, uns darüber zu berichten, „was die Veranlassung" war, an diesen Tagen frisches Fleisch zu geben, da nach der „schriftlichen Ordre", die Sie erhalten haben, nur zweimal in der Woche frisches Fleisch gegeben wird.
>
> Achtungsvoll
>
> Dampfschifffahrts-Gesellschaft „Argo", Abtheilung Proviant
>
> O. Bischoff.

Kapitän Wessels gehört anscheinend zu den weißen Raben unter den Kapitänen. Er gehört zu Denen, die auch noch in dem Seemann niederer Charge einen Menschen erblicken, dem eine menschliche Nahrung gebührt. Zur menschlichen Behandlung gehört auch eine anständige, den gesundlichen Vorschriften entsprechende Kost. Nichts weiter als diese Voraussetzung erfüllte er und dafür wird er in dieser Form zur Rechenschaft gezogen bezw. erhält einen Nasenstüber, wenn auch in sanfter Tonart. Solche Nasenstüber und die Sucht bei einigen Kapitänen, sich an den Menagegeldern zu bereichern, lassen die mitunter mit Schweinefutter den Vergleich aushaltende Schiffskost begreiflich erscheinen.

---

**Sternschanz-Viehmarkt.**

Hamburg, 6. Januar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 310 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk., Briefschweine, schwere 61—62 Mk., leichte 62—63 Mk., Sauen 54—58 Mk. und Ferkel 58—61 Mk. pr 100 Pfd.

Montag den 6. d. M., Nachm 2¾ Uhr, verschied nach langen qualvollen Leiden meine inniggeliebte, treue, unvergeßliche Gattin und Mutter, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester u. Schwägerin

**Anna Kranz** geb. Zeise.

Dies zeigen um stille Theilnahme bittend, ergebenst an

**Der schwerbetrübte Gatte nebst Hinterbliebenen.**

Die Trauerfeier findet Freitag, Vorm. 9¼ Uhr von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.

---

## Central-Verband der Fleischer

**und verw. Berufsgen. Deutschlands**
(Zahlstelle Lübeck.)

Nach kurzer Krankheit verstarb unser Kollege

**Johann Bielefeldt.**

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Die Ortsverwaltung.**

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 8. Januar, Nachmittags 3 Uhr, statt.

Versammlung zur Theilnahme am Leichengefolge Nachmittags 2½ Uhr in **Spethmann's Restaurant**, Schwartauer Allee.

---

Gestern Morgen 6 Uhr starb nach kurzem schweren Leiden unser lieber Sohn **Johannes** im zarten Alter von 7 Monaten.

Renfefeld, den 6. Jan. 1902.

**Carl Jürgens u. Frau**
Rantzauer Allee. geb. Staack.

---

**Eine freundl. Wohnung** von 3 Zimmern und Zubehör Brüderstraße 4a.

---

Zum 1. April **eine kleine Wohnung** zu vermiethen im Preise von 120 Mk.
Meierstraße 12a.

---

Zum 1. April **eine Parterre-Wohnung** zu vermiethen.
**Nagel**, Schönkampfstraße 19a.

---

Zum 1. April **eine Wohnung**, 2 Zimmer, Küche, Speisekammer, Closet, Keller, für 165 Mk. zu vermiethen. Näheres
Chasotstraße 4, pt.

---

Zu vermiethen zum 1. April **zwei Etagen**, 260 und 160 Mk.
Wakenitzmauer 5.

---

Zu vermiethen **eine kleine Wohnung** zum 1. April an ruhige Leute
Obertrave 24, 1.

---

**Eine abgeschlossene Wohnung** von drei Zimmern und Zubehör
Krolingstraße 2.

---

Zu vermiethen **2 große Wohnungen**, Preis 140 Mark
**Heinrich Stapelfeldt**, Fackenburg.

---

**Eine große Zwei-Stuben-Wohnung** zu vermiethen. Näheres
Brockesstraße 49, 1.

---

**Tüchtige Schneiderin empfiehlt sich**
in und außer dem Hause.
Wakenitzmauer 22.

---

**Zu kaufen gesucht eine Hobelbank.**
Westhoffstraße 22, 3. Etg.

---

**Ein Huhn verlaufen.**
Abzugeben bei Frau **Häfke**, Falkenstr. 22.

---

Seine große elegante
**Theater- und Masken-Garderobe**
hält zu den bevorstehenden Bällen bestens empfohlen
**H. Vitense, Theatergarderobier**
Johannisstraße 47, I.

---

**Friedr. Paetau, Mühlenstr. 27**
Pa. dicke Rippen, dicke Flohmen, geräucherte Schwanzen und Pfoten.

---

**Grosse Auction!**
am Mittwoch den 8. Januar 1902
Nachmittags 2½ Uhr
**14 Sundestraße 14**
über 1 eisernen Kleiderschrank, Korbsessel, Polsterstühle, Waschtisch, Spiegel, Schränke, neue Waschtische, 1 nußbaumener Kleiderschrank, ferner Damenjacken und Röcke, Jagdwaffen, Damen- und Mädchenröcke, Herren- und Damen-Stiefeln, Herren- und Damen-Hausschuhe, f. Cigarren, getragene Kleidungsstücke, eine Partie Strickwolle u. s. w. u. s. w.
**Joachim Ch. B. Schmehl,**
Auctionator und Taxator.

---

**Als billige und gute Einkaufsquelle**
**von Essig, Essigsprit, Heringen, Salzgurken, Sauerkohl, Anchovis, Käse u. s. w.**
können wir
**H. L. Wiegels**
vorm. J. C. Bunge
**61 Fischergrube 61** empfehlen.

---

# Jeder Geschäftsmann

ist gezwungen, in kleineren oder größeren Büchern Eintragungen zu machen, Contobücher und Rechnungen auszustellen 2c.

Zu diesem Zwecke empfehlen:

**Geschäfts-, Conto- und Notizbücher in den verschiedensten Formaten, Rechnungsformulare mit Vordruck in Blocks mit 50 Stück à 30—50 Pf.**

Ferner:

**Bleifedern, Stahlfedern, Federhalter, Converts u. Papier mit und ohne Firmen-Aufdruck**

und ersuchen, den Bedarf zu entnehmen bei der

**Buch- und Papierhandlung von**

# Friedr. Meyer & Co.

**Johannisstraße 50.**

---

# Hochfeine Margarine!

**Special-Marke „Natur."**

**An Qualität unübertroffen! Bräunt wie beste Naturbutter!**

Fabrikanten: **Klatt & Dittmann, Altona-Ottensen,**

ist erhältlich in folgenden Geschäften:

H. L Wiegels, Fischergrube (vorm J. C. Bunge)
H. Wiedow, Engelsgrube.
Gustav Herrmann, Balauerfohr.
Aug. Dibbert, Dankenhagen
Joh. H. Fick, Wahmstraße.
H. Waedow, Bauhof.
Alex Kayatz, Ernststraße.
L. M Puls, Hansastraße.
Heinr Levermann, Klappenstraße.
Carl Gühlcke, Westhoffstraße.
Carl Will, Sedanstraße.
H J. Hannemann, Karpfenstraße.
Carl D. Dürkop, Steinradenweg.
Emil Tetzlaff, Brockesstraße.

Weitere Verkaufsstellen werden errichtet durch den Vertreter:

**Leopold Dose, Lübeck, Breitestraße 3, Fernsprecher 811.**

---

# Jedermann

der noch einen

# Neuen Welt-Kalender

wünscht, wird ersucht, denselben baldigst zu entnehmen, da dieselben in Kürze vollständig vergriffen sind. Noch zu haben in der

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

---

# Centralverband deutscher Maurer

(Zweigverein Lübeck.)

## Mitglieder-Versammlung

**am 8. Januar 1902**

Abends 8 Uhr

**im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.**

Tages-Ordnung:

1. **Berichterstattung der Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Innung.**
2. Vereinsangelegenheiten.

Zu dieser Versammlung müssen alle Mitglieder anwesend sein.

**Der Vorstand.**

---

# Centralverband der Civilmusiker Deutschlands.

(Zahlstelle Lübeck.)

## Gr. Bockbier- u. Kappenfest

**verbunden mit Ball**

**am Sonntag den 12. Januar**

**im großen Saale des Vereinshauses.**

Kappen und Bockbierlieder sind am Eingange zum Saal zu haben.

Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Das Comitee.

NB. Bockbier von allen 4 hiesigen Brauereien. Kalte und warme Speisen.

Bockbierwurst.

---

**Messer u. Scheeren**
werden geschliffen und reparirt
Fahrrad-Reparaturen
**Heinr. Oldorf,** Holstenstr. 8.

---

**Achtung!**

Saalfahren beginnt am Mittwoch den 8. Januar 1902, 9 Uhr, im Vereinshaus. Der Saalfahrwart.

---

**Ein junger Affe**
(Macacus cynomolgus) für den billigen Preis von 25 Mk. zu verkaufen, eigentlicher Werth 40 bis 50 Mk. G Frank, Hartengrube 22.

---

# D. M. V.

**Comitee-Sitzung**

heute Dienstag den 7. Januar cr.
Abends 8½ Uhr
bei Eggers, Stavenstraße 33.

---

## Miethe-Quittungs-Formulare

**Friedr. Meyer & Co.**, Johannisstr. 50

---

# Achtung!

# Werftarbeiterverband

## Mitglieder-Versammlung

**am Mittwoch den 8. Januar**

Abends 8½ Uhr

**im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52**

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich.

**Der Vorstand.**

---

# Achtung!

Deutscher

# Metallarbeiterverband

(Zahlstelle Lübeck)

Alle Mitglieder, die 3 Monate dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören und auf der Koch'schen Schiffswerft ausgesperrt waren, werden ersucht, sich am Dienstag den 7. und Mittwoch den 8. Januar, Abends von 6 bis 8 Uhr im Vereinshaus, Zimmer Nr. 7, zur Entgegennahme der Unterstützung einzufinden.

**Die Ortsverwaltung.**

NB. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

---

# Gesangverein „Eintracht"

## General-Versammlung

**am Mittwoch den 8. Januar 1902**

Abends 9 Uhr

**im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52**

Tages-Ordnung:

Abrechnung. Anträge des Vorstandes. Vorstandswahl. Sommerausflug. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

**Der Vorstand.**

---

# Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

## General-Versammlung

**am Mittwoch den 8. Januar 1902**

Abends 8½ Uhr

im Lokale des Herrn **Lindner, Hundest. 41**

Tages-Ordnung:

1. Wahlen.
2. Berichte.
3. Bezirksturntag.
4. Bericht von der Bezirksvorturnerstunde.
5. Verschiedenes.

**Der Vorstand.**

---

# Versäumen

Sie nicht, sich das neue prachtvolle

**Januar-Programm**

im

**Circus Variété**

anzusehen.

Außergewöhnliche Attractionen.
Beginn des Concerts 7½ Uhr.
Billets im Vorverkauf ermäßigt.

---

# Stadt-Theater.

Mittwoch den 8. Januar. Anfang 7½ Uhr
84. Abon.-Vorst. 100. Vorst. 14. Mittwochs-Ab
Zum 2. Male.

**Alt-Heidelberg.**

Schauspiel in 5 Akten von Wilh. Mayer-Förster

Donnerstag den 9. Januar Anfang 7 Uhr.

**Bei aufgehobenem Abonnement**
und Gastspielpreisen:
2. und letztes Gastspiel von Signorina

**Franceschina Prevosti.**

Mit gänzlich neuer Ausstattung an Decorationen, Costümen und Requisiten.

**Carmen.**

Freitag den 10. Januar. Anfang 7½ Uhr
Gastspiel von **Clarence Whitehill** von der **Opéra Comique** in Paris.
Zum 4. Male.

**Das Rheingold.**

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verleger: Theodor Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 6. Mittwoch, den 8. Januar 1902. 9. Jahrgang.

## Zum Wohnungspflegegesetz.

Z. Man schreibt uns: Das Wohnungspflegegesetz ist von der Bürgerschaft nochmals an eine Kommission verwiesen worden. Ob es aus dieser wieder auferstehen wird, erscheint uns ein wenig zweifelhaft; wenn aber, dann sicher nur in verschlechterter Form. Unser Parlament besteht eben zum überwiegendsten Theil aus Hausbesitzern, und diesen erscheint die Hygiene nur so lange beachtenswerth, als dieselbe ihnen nichts kostet. Vergebens bemühen sich einige einsichtige Männer aus bürgerlichen Kreisen nun schon drei Jahre lang, das Gesetz ihren Mitbürgern schmackhaft zu machen. Bemerkenswerth ist es, daß es nur Aerzte sind — das Medizinalkollegium als Urheber des Entwurfs, Dr. Ziehl im „Vaterstädtischen Verein", Physikus Dr. Riedel in Nr. 49 der „Lübeckischen Blätter — sie sind eben die einzigen Bürgerlichen, die regelmäßig und zu jeder Tageszeit in die Wohnungen des Proletariats kommen, und sie als Fachmänner sehen, daß hinter der „malerischen" Außenseite unserer Gänge und Höfe sich schwere gesundheitliche Mißstände bergen. Sie suchen aber dem Gesetz dadurch zur Annahme zu verhelfen, daß sie möglichst viel Einschränkungen und Milderungen gestatten wollen und dabei stets hinzufügen: Bei unseren „im Großen und Ganzen vorzüglichen Wohnungsverhältnissen" brächten alle diese Bestimmungen nur unwesentliche Unbequemlichkeiten und sollten vor Allem nur vorbeugend wirken. Wenn sie nur nicht in ihrem weitgehenden Entgegenkommen allen Vortheilen die Spitzen abbrächen und zuletzt nur Paragraphen schaffen, die alles beim Alten lassen und nur nach außen wieder einmal den Beweis brächten, daß Lübeck an der Spitze des sozialhygienischen Fortschritts marschiere! Ihnen gilt als unübertreffliches Vorbild das Wohnungspflegegesetz der Schwesterstadt Hamburg, die dadurch „ihre gesundheitspolizeilichen Einrichtungen auf eine der Vollendung nahe Stufe gehoben haben soll." C. Hugo nennt dies in seinem letzten Buche „Die Deutsche Städteverwaltung" wohl mit weit mehr Recht ein „zierendes Feigenblatt, das die Schande des Hamburgischen Staates züchtig verhüllt". Wir Sozialdemokraten haben um so deutlicher zu betonen, daß nur ein die höchsten Anforderungen stellendes Wohnungspflegegesetz brauchbar ist, und dafür sprechen ja gerade auch die verhältnißmäßig guten Wohnungsverhältnisse Lübecks. Deshalb müssen und können wir eben den Schäden, welche die Entwicklung zur Großstadt nothwendig mit sich bringt, energisch vorbeugen und mit den Uebelständen, die angeblich nur in geringer Zahl vorhanden sind, gründlich aufräumen. Genosse Schwartz hat schon die hauptsächlichsten Thatsachen aus Lübecks Wohnungsverhältnissen in seinem vor einigen Wochen gehaltenen Vortrage angeführt und eine eingehende Kritik daran geknüpft. Deshalb seien hier nur noch einige Forderungen aufgestellt, die der vorliegende Entwurf jedenfalls erfüllen muß, um überhaupt der Annahme werth zu sein.

Am heftigsten bekämpft wurden die Bestimmungen über den für jeden Bewohner festzusetzenden Luftraum. In der ganzen Wohnung soll er 15 Kubikmeter für jeden Erwachsenen betragen, im Schlafraum 10 Kubikmeter unter Einrechnung der Nebenräume. In beiden Fällen soll er für Kinder unter 10 Jahren die Hälfte betragen; Kinder unter einem Jahre bleiben außer Betracht. Der Bürgerausschuß und wohl auch die Mehrheit der Bürgerschaft wollen dagegen die Altersgrenze auf 14 Jahre erhöhen. Aber gerade in dem Alter von 10—14 Jahren befindet sich der Mensch in seinem schnellsten und für sein ganzes zukünftiges Dasein folgereichsten Entwicklungsstadium, bedarf daher am meisten frischer und reiner Luft, wie sie überfüllte Räume niemals bieten. Diese Bestimmungen der Senatsvorlage sind aber schon die Mindestforderungen, welche der Verein für öffentliche Gesundheitspflege aufgestellt hat, und sind in anderen Städten, z. B. Dresden und in England weit überschritten, wo 20—30 Kubikmeter für jede Person gefordert werden. Also muß doch Lübeck eben, weil die Wohnungen hier noch besser sind als an anderen Orten, die höchsten Forderungen stellen. Allerdings würden die Buden unserer Gänge dadurch dem Untergange geweiht sein. Es fiele damit ein Stück mittelalterlicher „Poesie", aber die Schwärmer hierfür haben sie meistens nur mit ängstlich geschlossener Nase genossen. Es müßte dann auch noch der Zusatz im § 7 gestrichen werden, daß bei Häusern, die von einer Familie bewohnt sind, auch der Dachraum zur Wohnung gerechnet werden darf. Hygienisch läßt sich diese Ausnahme nicht rechtfertigen, und sie ist auch nur aus zärtlicher Fürsorge für die Erhaltung der Gänge getroffen worden. Unbedingt nöthig ist aber eine Bestimmung, die nicht allein die Räumung unbewohnbarer Häuser, sondern auch ihre Niederlegung erzwingen könnte. Falls sich der Besitzer weigert, müßte Expropriation (Enteignung) erfolgen. Allerdings hätte die Stadt für die dadurch obdachlos werdenden Menschen andere Wohnungen in gleicher Preislage zu beschaffen, entweder auf eignem Terrain oder dem ihr unterstellter Stiftungen bezw. mit Hülfe gemeinnütziger Bauvereine. Auch auf dem freigewordenen Grund und Boden wären vorbildliche Arbeiterwohnungen zu errichten. In England bestehen derartige Vorschriften schon lange und wirken segensreich. Diesen Teufel des Wohnungsbaues seitens der Stadt malen die Gegner in den schwärzesten Farben an die Wand. Aber wenn ein Wohnungspflegegesetz eben die schlechten Wohnungen nicht vom Erdboden verschwinden läßt, so ist es nichts werth und wird lieber garnicht erst geschaffen.

Am meisten verbesserungswürdig erscheinen uns aber die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Behörde für Wohnungspflege. Sie soll bestehen aus zwei Senatoren und dreißig bürgerlichen Deputirten, wozu noch der Physikus und der Baupolizeiinspektor mit berathender Stimme treten. Jedem Pfleger soll ein Bezirk unterstellt werden, in dem er jede Wohnung in der Zeit von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr besichtigen darf. Auf den ersten Blick erscheint eine solche Inspektion durch Bürger sehr verlockend, wird dadurch doch der unbeliebte und zur Durchführung hygienischer Maßregeln untaugliche Polizist vermieden. Aber in Hamburg scheint sich diese Einrichtung nur wenig bewährt zu haben. Von den im Jahre 1899 dort vorgenommenen 416 Untersuchungen seitens der Behörde für Wohnungspflege erfolgten 393 auf Grund erstatteter Anzeigen und nur 23 (!) aus eigner Initiative der Pfleger. Hier würden wir dieselbe Erfahrung machen, würden doch die Pfleger auch hier nur aus bürgerlichen Kreisen genommen werden, mit anderen Worten selbst Hausbesitzer sein. Eine Krähe hackt der anderen aber kein Auge aus! Arbeiter, welche die Schäden schlechter Wohnungen am eigenen Leibe spüren, würden ängstlich ferngehalten werden, und gar Frauen, die doch sicherlich von Wohnungspflege recht viel verstehen — bei diesem Worte wird jedem rechtschaffenen Spießbürger sein Herz in die Hosen fallen. Mindestens könnte aber verlangt werden, daß die Behörde zu dreiviertel aus Miethern bestände. Außerdem müßte eine Vermehrung der Fachleute, also Aerzte, gefordert werden. Um eine ausgiebige, unparteiische und fachmännische Wohnungsbesichtigung zu schaffen, könnte die Anstellung eines Wohnungsinspektors aber nicht umgangen werden. Ein Polizeibeamter dürfte es nicht sein, vielmehr ein hygienisch und technisch durchgebildeter Beamter, der möglichst unabhängig zu stellen wäre. Er böte zugleich den Krystallisationspunkt für ein zukünftiges Wohnungsamt, dem später Wohnungsnachweis, Wohnungsstatistik u. s. w. zuzuweisen wäre. Er hätte sowohl selbstständig als auch mit den Pflegern zusammen Besichtigungen vorzunehmen, diese bei geeigneter Gelegenheit über hygienische Fragen zu belehren, den übrigen Behörden Material zu liefern und in allen Fragen der Wohnung und damit zusammenhängenden Gebieten die treibende Kraft darzustellen, welche die von Natur schwerfälligen Behörden zum steten Fortschreiten anspornt. Um allen Leuten eine Freude zu machen, könnte er nach berühmten Mustern sogar eine prachtvolle Uniform bekommen, — allerdings besser ginge es ohne diese. Er muß aber auch eine gewisse Vollstreckungsbefugniß haben. Daß in jedem Falle der Hauseigenthümer u. s. w. von der Behörde gehört werden muß, mag ganz gut klingen, führt aber leicht zu bandwurmartigen Aktensammlungen. Bei wichtigen, eingreifenden Maßregeln mag es recht sein, aber wegen eines schlecht gelüfteten Aborts braucht nicht erst der ganze Apparat in Bewegung gesetzt zu werden.

Vor allem muß aber auch die Befugniß des Senats (§ 16 Abs. 2) gestrichen werden, in den ihm geeigneten Fällen Dispens zu ertheilen. Sonst kommt es wieder zu solchen Schildbürgerstreichen wie in der Kerkringstraße, wo auf vom Staat abgegebenen Terrain den sanitären Vorschriften nicht entsprechende Wohnungen erbaut wurden. Auch die Bestimmung (§ 17), daß vor Ablauf von 5 Jahren eine Revision zu erfolgen habe, ist mindestens überflüssig. Hierdurch könnte höchstens bewirkt werden, daß eine reaktionäre Mehrheit die dann eintretende Zwangslage zu Verschlechterungen benutzt; für Beseitigung wirklicher Mißstände und weitergehende Vorschriften kann auch ohne diesen Paragraphen gesorgt werden.

Die unbedeutende, aber viel Anstoß erregende Bestimmung, daß das Haus bis 10 Uhr abends beleuchtet sein muß, könnte dahin abgeändert werden, daß dies nur so lange zu geschehen hat, als die Zugänge von außen (Hausthür, Hofthür) nicht geschlossen sind. So würde, falls Fremde das Haus später betreten wollen, diesen mit Licht entgegengekommen werden müssen.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Der Streik bezw. die Aussperrung der Solinger Scheerenschleifer ist beendet. Die Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen. — In der Pianoforte-Fabrik von Erbe zu Eisenach haben sämmtliche Arbeiter gekündigt. Die Kündigung ist am 31. Dezember abgelaufen. Die Zustände in der Fabrik sind die denkbar ungünstigsten. Die Arbeiter können oft ihren verdienten Lohn nicht erhalten: 50 Pf., 1 Mk., 1,50 Mk. als abschlägige Lohnzahlung sind vorgekommen. Solche Verhältnisse dürften allerdings den eingefleischtesten Streikbrecher nicht verlocken können, nach Eisenach zu gehen.

**Den noch gemaßregelten Nordhäuser Tabakarbeitern** wurde zum 1. Januar vom Tabakarbeiter-Verband ein Miethszuschuß von in Summa 1500 Mark ausgezahlt.

**Der Verband der Deutschen Buchdrucker** hält seine vierte ordentliche General-Versammlung im Laufe des Monats Juni in München ab.

**John Reitenbach.** Bereits unter den „Kleinen politischen Nachrichten" der letzten Nummer d. Bl. haben wir kurz gemeldet, daß Sonnabend in Zürich der ehemalige Rittergutsbesitzer John Reitenbach auf Plicken im hohen Greisenalter von 85 Jahren gestorben ist. Ueber den Verstorbenen, der in den letzten Jahren seines Lebens unserer Partei sehr nahe gestanden hat, wissen bürgerliche Blätter noch zu melden: John Reitenbach hat sein Leben lang mit unerschütterlicher Ueberzeugungstreue die Volksrechte vertreten und war insbesondere ein feuriger Hasser des Bismarckschen Regiments. Bekannt ist die Rolle, die er in der Konfliktszeit als Steuerverweigerer spielte. Offen erklärte er, daß er dem verfassungswidrig regierenden Ministerium die Steuern verweigere. Reitenbachs Kampf mit dem Steuerexekutor, der sich zu jedem Steuertermin regelmäßig in Plicken einstellte und ihm einen werthvollen Siegelring, ein Familienerbstück, pfändete, das dann Reitenbach ebenso regelmäßig bei der öffentlichen Auktion wieder erstand, endete erst, als 1866 nach dem preußisch-österreichischen Krieg das Abgeordnetenhaus der Bismarckschen Regierung Indemnität ertheilte. Lange Jahre hat Reitenbach durch die Herausgabe des „Bürger- und Bauernfreundes", eines packend

---

## Joseph Coney.

Roman von John Law.

Aus dem Englischen von J. Cassirer.

(Nachdruck verboten.)

I.

Es war am Tage nach dem Besuche der Königin im Ostende von London. Im Whitechapel flatterten lustig die Fahnen und Mile End hatte sich in seiner ganzen Ausdehnung mit bunten Bannern und Guirlanden aus rothen, gelben, grünen und blauen Papierblumen geschmückt. Es war erst gegen siebzehn Stunden her, daß Ihre Majestät von vielen Bewohnern des Westend, die, um den Zug der Königin zu sehen, hierher nach dem London-Hospital und den großen Brauereien gekommen waren, enthusiastisch begrüßt worden war. Das Hurrahgeschrei der Studenten der Medizin hallte noch in der Luft wieder und der Duft des Parfüms, mit dem die reichen Brauersgattinnen und Doktorstöchter ihre Taschentücher begossen hatten, stieg zum Himmel empor. Zeitungsreporter waren eifrig an der Arbeit, Einzelheiten und kleine Vorfälle, die jetzt noch über den Zug der Königin bekannt wurden, für die Montagszeitungen ausfindig zu machen, und Künstler waren in voller Arbeit, Bilder von Whitechapel, wie es sich im Jubiläumsjahre dem Auge des Beschauers bot, für die illustrirten Wochenschriften zu entwerfen. Davon wollte jedoch Niemand sprechen, daß, als der Zug Ihrer Majestät fast schon sein Ende erreicht hatte, sich in die schwachen Beifallsrufe auch das Zischen der Stammgäste der berüchtigten „Slums" (Schlafhöhlen) mischte; Niemand wollte davon hören, daß die Menge, die vor dem „Volkspalast" stand, ein mürrisches, unheilverkündendes Aussehen hatte, das recht gut auf eine für die nächsten Jahre drohende Gefahr schließen ließ. Unbekümmert um die zerlumpten Männer, hungrigen Weiber und kleinen schmutzigen Kinder hatten sich die Damen, die die Königin begleiteten, schmachtend in die Kissen ihres Wagens zurückgelehnt, und sie wie ihre Gatten, die blasirten Besucher des Hyde-Park und der Klubs, die ihre Damen nach dem „Volkspalast" begleitet hatten und nachlässig auf das Volk herabsahen, wurden von den Zeitungsschreibern ob ihrer Menschenfreundlichkeit gerühmt, mit der sie das Volk mit dem Segen ihrer Gegenwart beglückten; Künstler stellten sie als selbstlose Damen und Herren dar, die es über sich gebracht hatten, das Vergnügen eines ganzen Nachmittags zu opfern, um den Augen schlecht bezahlter Männer und überarbeiteter Frauen den Anblick ihrer glänzenden Cylinder und prächtigen Hüte zu bieten.

Es war an einem Sonntag Vormittag gegen 11 Uhr, und die Glocken der Kirchen und Kapellen mahnten das Volk, die Erde zu vergessen und sich an den Himmel zu erinnern.

In einer Querstraße der Commercial Road waren die Thüren einer der Methodisten gehörigen Kapelle weit geöffnet. Auf den steinernen Stufen, die zum Eingang hinaufführten, stand ein schwarz gekleideter Herr. Er beobachtete das Kommen der Gemeinde und war bereit, falls etwa ein Fremder an dem Morgengottesdienst theilnehmen wollte, ihm einen Platz anzuweisen; auch vertheilte er Bibeln und Gesangbücher und gab auf die jüngeren Glieder der Gemeinde acht, die bisweilen Nüsse und Aepfel mit in den Gottesdienst brachten.

Die Kapelle war viereckig und im Rohbau aufgeführt. Die Wände waren weiß getüncht, die Thüren schwarz gestrichen. An der Wand, welche den Stufen gegenüber lag, hing zwischen den Thüren ein Kalender. Nur eine Bedingung, so stand auf dem Almanach, wurde zunächst denjenigen gestellt, die die Absicht hatten, Methodisten zu werden, und zwar die: „von dem Wunsche beseelt zu sein, dem kommenden Strafgericht zu entgeben und ihrer Sünden ledig zu werden." Sünder, die dies wollen, werden als Mitglieder aufgenommen; sie werden als der „Methodisten-Gesellschaft" zugehörig eingetragen; es ist eine Gesellschaft von Menschen, die im Besitze des Scheines nach der wahren Kraft der Gottseligkeit streben, die sich zu gemeinschaftlichem Gebete zusammengethan haben, um das Wort der Ermahnung zu empfangen und die über einander in Liebe wachen, daß einer dem andern helfen kann, an seinem Werke der Erlösung zu arbeiten.

Der Herr, der am Eingang zur Kapelle stand, war in seinem Berufe ein Kellner und in der Gemeinde sehr gut bekannt. Die Gemeindemitglieder, welche lachend und plaudernd durch die Thür schritten, grüßten ihn und begaben sich dann auf ihre Plätze. Von außen war die Kapelle häßlich, innen aber geradezu abscheulich. Längs der Nord-, Süd- und Ostseite lief in halber Höhe zwischen Fußboden und Decke eine Gallerie entlang. An der Westseite befand sich das Orgelchor mit einigen Sitzreihen für die Sänger. Unterhalb des Orgelchors lag die Kanzel, die mit Armsessel, Kissen und Fußbänken ausgestattet war. Zwei Treppen, deren Stufen mit hellem, blauem Sammet belegt waren, führten von der Kanzel in das Schiff der Kapelle herunter. Unterhalb der Kanzel standen der Abendmahlstisch und der Taufstein, auch war da eine Thür, die zur Sakristei führte. Die Kapelle faßte fünfhundert Personen, aber an diesem Sonntagvormittag mochten wohl nur gegen zweihundert Männer, Frauen und Kinder zur Andacht gekommen sein. Diese zweihundert Gläubigen waren wohlgenährt und gut gekleidet, heiter und mit sich selbst zufrieden sahen sie aus, wie dies ja auch Leute thun müssen, die sich in einem „Gnadenzustande" befinden, die wissen, daß, was auch immer den „Unerlösten" begegnen möge, ihre eigenen Seelen „gerettet" sind.

Unter dieser selbstgefälligen kleinen Gemeinde erschien plötzlich ein Mann in zerlumptem Anzuge und mit eingeschlagenem Hute. Als er an dem Kellner vorüberging, warf dieser ihm argwöhnische Blicke zu, als vermuthe er in

populär geschriebenen Wochenblattes, für die Verbreitung demokratischer Gesinnung im Volke gewirkt. Durch die Entwickelung der deutschen Politik und die Parteiverhältnisse seiner engeren Heimath mehr und mehr enttäuscht und verbittert, ist er dann schließlich ins sozialdemokratische Lager übergegangen. Im öffentlichen politischen Leben ist er seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr hervorgetreten. Seit langer Zeit schon hatte er dem Vaterlande den Rücken gekehrt und war nach Zürich, dem Wohnsitze seines Schwiegersohnes, des schweizerischen Justizdirektors Reg.-Rath Stößel, übergesiedelt. Das Andenken des wackeren Volksmannes wird von der gesammten Demokratie in Ehren gehalten werden.

**Die nächsten Wahlen und die französische Sozialdemokratie.** Die Neuwahl der französischen Kammer findet im Mai 1902 statt. Die sozialistische Partei Frankreichs (Jaures und Genossen) in den Departements Nord und Calais hatte der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten) den Vorschlag gemacht, bei den Wahlen gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Ueberall da, wo die Guesdisten in der Mehrzahl sind, wollte die sozialistische Partei auf einen Sonderkandidaten verzichten; nur dort, wo sich bei den letzten Generalrathswahlen ergeben hatte, daß sie in der Majorität seien, sollte einer der Ihrigen aufgestellt werden. Die Guesdisten haben durch den Genossen Delory, Bürgermeister von Lille und Sekretär der Nord-Föderation, erklären lassen, daß sie in keinerlei Unterhandlungen mit den „Ministeriellen" eintreten würden. Sie lehnen es ab, weil trotz gegentheiliger Erklärungen die sozialistische Partei oder deren Führer nach wie vor „ministeriell" seien. Die französische Arbeiterpartei hat, wie seinerzeit mitgetheilt, auf ihrem letzten Kongreß den Beschluß gefaßt, in allen fünfhundert Wahlkreisen des Landes eigene Kandidaten aufzustellen. Aus diesem Beschluß und aus Obigem ist ersichtlich, daß man es in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen mit zwei sozialistischen Kandidaten, die sich gegenseitig auf das Heftigste bekämpfen, zu thun haben wird.

# Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Wie die „Oderzeitung" meldet, hat der Wirthschaftsinspektor des Gutes Siewisch im Kreise Kalau eine Dienstmagd, mit der er ein Liebesverhältniß hatte, mit deren Einverständniß erschossen und dann Selbstmord verübt. — Zwischen Schildhorn und Gatow sind auf der Havel vier Mitglieder des Charlottenburger Ruderklubs bei einer Ruderparthie, die sie in der Frühe des Neujahrstages unternommen hatten, ertrunken. — Eine Liebestragödie hat in der Kolonie Grunewald bei Berlin ihren Abschluß durch einen Mord und Selbstmord gefunden. Vor dem Gatter am Eingang zum Grunewald erschoß Freitag Abend der 22 Jahre alte Berliner Handlungsgehülfe Karl Müller die bei ihren Eltern wohnhaft gewesene 19 Jahre alte Verkäuferin Johanna Moritz und dann sich selbst. Müller unterhielt seit einiger Zeit ein Liebesverhältniß mit der jungen Verkäuferin Moritz. Das Liebespaar fand aber bei den Eltern Widerstand, und angesichts der Aussichtslosigkeit, eine eheliche Verbindung eingehen zu können, faßte es den Gedanken, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Wie aus dem Befund hervorging, hatte der junge Mann erst dem Mädchen zwei Schüsse in die Stirn und die Schläfe beigebracht, die sofort tödtlich waren. Dann hatte er sich selbst in die Schläfe geschossen. — Durch die Achtsamkeit eines Bahnwärters ist wiederum ein großes Eisenbahnunglück verhütet worden. Der Wärter entdeckte, wie aus Köln der „Frankfurter Zeitung" berichtet wird, auf seinem Rundgang Morgens in der Dämmerung zu Rheindorf an der Wupperbrücke, daß das Gleise, welches der alsbald eintreffende Köln-Düsseldorfer Personenzug passiren mußte, durch acht abgebrochene Telegraphenstangen versperrt war. Außerdem bedeckten Bohlen und zertrümmerte Glaskisten — letztere augenscheinlich von dem vorausgefahrenen Güterzuge herrührend — den Bahnkörper. Der Wärter requirirte Hilfe und ließ den Personenzug ein anderes Gleis passiren. Eine Zugentgleisung hätte gerade an jener Stelle bei augenblicklich hochgehender Wupper namenloses Unheil herbeiführen müssen. Die Untersuchung ist eingeleitet. — In Frankenthal (Pfalz) wurde eine Kindergärtnerin durch 5 Messerstiche ermordet; anscheinend liegt Raubmord vor.

**Der Chausseeaufseher als Kalenderbote.** Große Mühe giebt sich der Landrath von Hameln, um die Bewohner seines Amtsbezirks vor dem „Umsturz" zu bewahren. Unsere Genossen hatten dort den „Neuen hannoverschen Volkskalender" verbreitet, mußten aber später die Wahrnehmung machen, daß die Kalender an vielen Stellen wieder eingesammelt worden waren. Bei der Forschung nach dem Urheber des unberechtigten Einsammelns der Kalender hat es sich dann herausgestellt, daß die ganze Aktion vom Landrathsamte geleitet worden ist. Am vorletzten Sonnabend machte sich Genosse E. per Rad auf den Weg nach Lüntorf. Dort angekommen, forschte er bei der Verbreitung nach dem Einsammler, als welcher ihm der Chausseeaufseher Wittbrack bezeichnet wurde. E. begab sich darauf zu diesem und fragte ihn, ob er die Kalender, die ihm nicht gehörten, eingesammelt habe. „Nein! eingesammelt habe ich die Kalender nicht, ich habe nur andere, welche mir vom Landrath zugesandt sind, verbreitet, und hierbei dann die von Euch verbreiteten wieder mitgenommen," meinte dazu ganz naiv der genannte Chausseeaufseher. Genosse E.: „Wollen Sie mir nun nicht sagen, wohin Sie die eingesammelten Kalender gebracht haben?" Wittbrock, der sich wohl in der Zwischenzeit die Sache überlegt haben mochte, meinte nun: „Nein, das brauche ich nicht zu sagen. Wenn ich angezeigt werde, so sage ich vor Gericht die Wahrheit. Jetzt sage ich nichts weiter." Am Sonntage darauf machten nun die Genossen M. und W. eine eben solche Forschungsreise. In Grohnde wurde zunächst festgestellt, daß es auch hier wieder ein Chausseearbeiter, Konrad Arnecke, sowie die Ehefrau des Chausseearbeiters Hölscher gewesen waren, die den „Staat" gerettet hatten. Unsere Genossen gehen also zunächst zu Hölscher. Nach der üblichen Begrüßung sagt Genosse M.: „Sie haben ja wohl hier diese Kalender eingesammelt?" Hölscher: „Nein." — M.: „Na, dann ist es Ihre Frau gewesen." — Hölscher: „Nein." — M. (zu Frau H.): „Aber Sie wollen doch nicht abstreiten, daß Sie diese Kalender (einen Landrathskalender vorzeigend) verbreitet haben?" — Frau Hölscher: „Ja, das habe ich gethan." — M.: „Na, und da haben Sie unsere Kalender mitgenommen?" — Frau Hölscher: „Ja, das habe ich gethan, aber gezwungen habe ich Niemanden, den Kalender herzugeben." — M.: „Wer hat Sie denn nun eigentlich beauftragt zu der Kalenderverbreitung?" — Frau Hölscher: „Niemand." Auf weiteren Vorhalt, daß die Ehefrau Hölscher doch von irgend Jemand zu dieser ungewöhnlichen Beschäftigung beauftragt sein müsse, meinte der Chausseearbeiter Hölscher: „Ach, das hat meiner Frau bloß Spaß gemacht!" — Dem Hölscher schien dann die Unterhaltung doch peinlich zu werden, und so meinte er zu unseren Genossen: „Ich frage Sie ja auch nicht, von wem Sie die Kalender haben. Und nun gehen Sie, bitte, raus. — Der Aufforderung mußte selbstverständlich Folge gegeben werden. Also ging es nun zu Arnecke. Dieser antwortete auf die Frage unseres Genossen: „Eingesammelt" habe er unsere Kalender nicht gerade, sondern nur die mitgenommen, die man ihm gegeben habe. Auf die Frage, wer ihn mit der Vertheilung der Kalender beauftragt habe, antwortete Arnecke: „Mein Chef." Dieser sogenannte „Chef" ist der Chausseeaufseher Lux, der nach Arneckes weiterer Angabe die Kalender vom Landrath erhalten und auch an diesen unsere Kalender abgeliefert hat. — Wie aus den Unterredungen hervorgeht, waren die Chausseearbeiter und -aufseher schon informirt darüber, wie sie etwaigen Fragen gegenüber sich zu verhalten hatten. Von den vielen humoristischen Szenen, die sich während der Einsammlung selbst abgespielt haben, sei hier nur eine erwähnt, nämlich die, daß eine ganze Anzahl Männer die ihren Frauen von den Chausseearbeitern freundlichst zur Verfügung gestellten Landrathskalender wieder zurückgaben und dafür sich unsern Kalender wieder aushändigen ließen. Mit dem Landrath selbst wird über diese Angelegenheit noch an anderer Stelle ein Wörtchen geredet werden.

**Noch einmal das nicht gestohlene Liederbuch.** Jüngst war von uns berichtet worden, daß in einem Prozeßverfahren gegen den Gesangverein „Freundschaft" zu Bochum seitens der Polizei ein Liederbuch vorgelegt ward, das von unbekannter Seite durch einen Einbruch in den Schrank des genannten Vereins entwendet worden war. Der Vertreter des Vereins, Herzig, hatte wegen des Bücherdiebstahls und wegen Verwendung eines Theils des dem Verein entwendeten Eigenthums seitens der Polizeibehörde neben einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft sich auch beschwerdeführend an die königliche Regierung in Arnsberg gewendet. Diese gab nun folgenden Bescheid:

Arnsberg, den 21. Dezember 1901.

Der Regierungs-Präsident.
J.-Nr. P. P. 1777.

Die Entscheidung auf Ihre Beschwerde vom 12. August gegen die dortige Polizeiverwaltung ist bis zur Beendigung des von Ihnen gegen die Polizeibehörde anhängig gemachten Verwaltungsstreitverfahrens ausgesetzt worden. Was die Sache selbst anlangt, so hat die Polizeibehörde, wie Ihnen bereits bekannt ist, das Buch durch eine Mittelsperson erhalten. Daß diese sich etwa auf unzulässige Weise in den Besitz des Buches gesetzt habe, hat die Polizeibehörde nicht ermitteln können. Gegen die Verwendung des Buches im Verwaltungsstreitverfahren lassen sich deshalb berechtigte Einwendungen nicht erheben.

Hierzu bemerkt unser Bochumer Parteiorgan: Zunächst ist nicht richtig, daß es Herzig bekannt war, daß das bei der Polizei befindliche und dem Verein abhanden gekommene Buch von einer Mittelsperson übergeben wurde. Nunmehr aber scheidet aus, daß die That von der Polizei selbst ausgeführt wurde. Noch nicht festgestellt aber ist, ob diese Mittelsperson nur dies eine Buch dem Verein abnahm, oder ob sie auch die anderen dem Verein abgenommenen Bücher in ihren Besitz nahm. Wenn dies nicht der Fall ist, warum nennt die Polizei nicht den Namen der Mittelsperson? Erst dann ist es möglich, gerichtlich festzustellen, ob der Einbruchsdiebstahl von einer oder mehreren Personen ausgeführt wurde und ob die Wegnahme dieses neuen Buches auf zulässige oder unzulässige Weise geschah. Das Erste ist ganz entschieden zu verneinen, denn über sein Eigenthum hat der Verein nur selbst zu verfügen. Außerdem läßt die Regierung zu Arnsberg noch die Frage offen: hat diese Mittelsperson aus eigenem Antriebe sich in den Besitz des Gesangbuches gebracht und es dann der Polizei übergeben, oder wurde sie von der Polizei dazu veranlaßt?

**Ein anspruchsvoller Dieb.** Kürzlich wurde der Frau eines Ingenieurs in Braunschweig eine Gans, die unter dem Küchenfenster aufgehängt gewesen war, gestohlen. Dieser Tage erhielt nun die Bestohlene eine Postkarte folgenden Inhalts: „Leibe Fruh W.! De Gausebraen had mich nich gud geschmeckt. Die Ganz war ja ne olle. Annermal möt se ordentlich taukieken, wenn Se wedder ne Gans köpet. Vielle Grüße von Christian und Frau." — Die Polizei fahndet jetzt eifrigst auf das spitzbübische Leckermaul.

**Eine neue Wiedertäufer-Sekte an der Wolga.** Im „Globus" erzählt N. v. Seidlitz nach einer russischen Quelle: Das große, etwa 50 Werst westlich von der Wolgastadt Wolsk, unfern der von dort nach Riasan führenden Eisenbahn im Gouvernement Ssaratow gelegene Dorf Kriashin ist seit den siebziger Jahren des jüngstverflossenen Jahrhunderts zum Schauplatz einer höchst eigenthümlichen Sekte geworden, welche hierher von den Bauern Sinowjew und Filatow eingeführt wurde und den Namen der „Perekrestschenzy" (Wiedertäufer) führt. Filatows Schwester Irina, kein Genüge findend an der Taufe, mittels welcher ihr Bruder die von der rechtgläubigen Kirche Uebertretenden in seine Gemeinde aufnahm, gründete ihre eigene Sekte. Ein jeder Adept mußte wiedergeboren werden, wozu an erster Stelle eine besonders auserwählte Hebamme geladen wurde, welche die zur Geburt nöthigen Gegenstände vorbereitete, so: Wäsche, Windeln, Seife und dergleichen mehr, worauf Irina ein weites und langes weißes Hemd anthat und sich mitten auf der Diele niederlegte, worauf der Kandidat zur Wiedergeburt sich von Kopf zu Fuß entblößte und unter das Hemd kroch. Unterdessen stöhnte, ächzte Irina, und die Hebamme arbeitete und mühte sich um sie ab, wie um eine wirklich Gebärende. Sobald aber der Geborene herauskam (was sehr langsam — in einer halben bis einer Stunde geschah), rief die Wehmutter: „Sie ist entbunden!" aus. „Dank sei dem Herrn!" rief die Gebärerin, worauf man sie in ein Bett legte. Der „Neugeborene" aber lag indessen auf dem Boden und schrie wie ein kleines Kind. Dann begann die Wehmutter den „Kleinen" zu waschen, wickelte ihn und trug ihn mit Hilfe anderer auf den Ofen. Der „Neugeborene" mußte in solcher Lage acht Tage verbleiben, sich aus den Händen der Hebamme nähren, am achten Tage fand seine Taufe statt. Darauf trat das Leben in seine Rechte ein.

**Annoncen-Manuskript ist eine Urkunde.** Ein für die gesammte deutsche Presse wichtiges Urtheil wurde dieser Tage von dem Landgericht in Mühlhausen in Thüringen entschieden. Das Manuskript einer Annonce ist eine Urkunde, und wer es fälschlicherweise zur Veröffentlichung in der Presse anfertigt, macht sich der Urkundenfälschung schuldig, so entschied obiges Gericht. Man billigte dem dieses Vergehens beschuldigten, aber noch unbestraften Angeklagten mildernde Umstände zu und verurtheilte ihn zu 14 Tagen Gefängniß. Der Staatsanwalt beantragte sogar einen Monat Gefängniß. — Eine gleiche Entscheidung hat vor einiger Zeit das Gericht in Konstanz gefällt.

**Die erste Photographie!** Aus Hastings am Hudson, Vereinigte Staaten, wird der Tod von Miß Draper gemeldet, die als erste einem Photographen gesessen hat. Die fünfundneunzigjährige Dame war die Schwester Dr. John Draper's, der das Verfahren entdeckt hat, Daguerrotypen in wenigen Minuten herzustellen. Im Jahre 1839 erregte das Bild von „Dolly Draper" großes Aufsehen, besonders da dazu die Nachricht verbreitet wurde, sie hätte „nur" sechs Minuten gesessen. Das Originalbild ist jetzt im Besitz der Nachkommen Lord Herrschell's.

---

seiner Tasche Schießpulver und in seinem Hute Dynamit. Als er die Kapelle betrat, sahen ihn die Männer scharf an und die Frauen rückten zur Seite. Auf eine dicht unter der Kanzel stehenden Bank schritt der Mann zu und blieb dort eine Minute lang stehen. Seine Hosen waren aus Barchend und oben an den Knieen mit Taustücken zusammengebunden. Der lange, weite Rock, den er trug, war mit Sackleinwand, Stücken von Leder, baumwollenen Flicken und Tuchfetzen ausgebessert. Sein Hemd war ohne Priesen, ein Kragen war auch nicht mehr daran. Um den Hals hatte er einen Flanellappen geschlungen, den er wohl auf irgend einem Müllhaufen gefunden haben mochte, und seine Füße zierten ein paar alte Stiefel, die ihm wahrscheinlich ein gutmüthiger Lumpensammler geschenkt hatte. Sein Gesicht war aufgedunsen und er sah aus, als ob er in diesem Leben nichts mehr zu hoffen hätte, und ihm seine äußere Erscheinung auch ganz gleichgiltig wäre. Infolge des Trinkens zitterten seine Beine und hatten keinen festen Halt mehr. Er setzte sich nieder, und bedeckte sein Gesicht mit den Händen, so daß der Kellner, der ihm in die Kapelle gefolgt war, sich gar nicht erst die Mühe gab, ihm eine Bibel oder ein Gesangbuch anzubieten.

Nachdem zehn Minuten vergangen waren, that sich die Sakristei-Thür auf und die Geistlichen betraten den durch ein Gitter umgebenen Raum, in dem der Abendmahlstisch stand. Sie stiegen die Treppe hinauf, die zur Kanzel führte. Der ältere, Mr. Meek, that dies mit raschen Schritten, während Mr. Stry, der zweite Geistliche, ihm bedächtig folgte. Ein lebhafter Geist beseelte Mr. Meek; Mr. Stry hingegen war es noch nicht geglückt, die Erfahrungen, die er im Leben gesammelt hatte, mit seinen Ueberzeugungen in Einklang zu bringen; er war magenleidend.

Es sah fast so aus, als hätte man diese beiden Geistlichen nur aus dem Grunde erwählt, mit einander zusammen zu arbeiten, um den Augen, wenn nicht auch dem Geist ihrer Gemeinde den vollständigen Gegensatz, den sie zu einander bildeten, vorzuführen. Mr. Meek war von großer Figur, breitschulterig und kräftig gebaut; er hatte dunkles Haar, das jedoch seine Stirn freiließ, und sein Gesicht umrahmte ein dichter Schnurr- und Backenbart von schwarzer Farbe. Seine Augen blinzelten, und wäre nicht auch Mr. Stry zugegen gewesen, so hätte man ganz gut glauben können, daß er es sich zu schulden kommen ließe, auf der Kanzel Verse zu machen. Seine Gebete bestanden in Danksagungen, in Benedeiungen des Allmächtigen, der die Erde zu einem solch schönen Aufenthalte für ihre Bewohner gemacht habe, der da versprochen habe, irdische Freude in himmlische Wonne zu verwandeln. Er dankte Gott für „Schöpfung, Erhaltung und alle Segnungen dieses Lebens", ganz besonders aber für das schöne Geschenk der Erlösung, nämlich des ewigen Glückes, welches seine Diener nur dankbar anzunehmen brauchten, ohne daß sie es nöthig hatten, sich dessentwegen viel anzustrengen.

Mr. Stry war groß gewachsen, hager und von eckigen Formen. Sein Gesicht war durch Blatternarben entstellt. Sein rötzliches Haar stand fast aufrecht und sein ebenfalls röthlicher Bart lief in eine scharfe Spitze aus. Mr. Stry schmeichelte seinem Gotte nicht. Er erinnerte ihn an seine Pflichten und beschwor ihn, die Schale seines Zornes über alle, aber nur nicht über das auserwählte Volk auszuschütten, alle, aber nur nicht seine Erwählten, zu strafen. Die Schlechtigkeit der Völker, die Verderbniß der menschlichen Natur waren die Hauptpunkte seiner Predigten, und dringende Bitten an den Allmächtigen, daß er nicht Gnade statt Gerechtigkeit walten lassen und die Bösen nicht verschonen möchte, bildeten den Inhalt seiner Gebete, in denen auch Anspielungen auf die Verlorenen, auf Satan und die ewige Verdammniß nicht fehlten.

Mr. Stry setzte sich in einen Lehnstuhl, während Mr. Meek vor einer großen Bibel, die vor ihm auf einem Pult lag, Platz genommen hatte. Er lächelte der Galerie oben und den Bänken unten zu, nannte sodann ein Lied, welches er erst Vers für Vers vorlas, bevor es die Gemeinde sang.

Während die Gemeinde sich erhoben hatte, um das Lied zu singen, blieb der in Lumpen gekleidete Mann sitzen. Als das Lied zu Ende war, richtete er den Kopf empor und sah sich wohl eine Minute lang um. Dann vergrub er wieder das Haupt in seinen Händen. Er saß dicht unter der Kanzel, und da die große Bibel ihn den Augen Mr. Meeks entzog, wußte dieser nicht, daß ein Fremder anwesend war. Der Geistliche sah nur bekannte Gesichter, Gesichter von Leuten, mit deren Freuden und Leiden er recht gut vertraut war, als er nach Beendigung des Liedes seine volle rechte Hand über seine dicke linke Hand legte und ein Dankgebet begann.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.